

Einigkeit

Organ des Verbandes der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter

Mit den Beilagen »Frauenrecht« und »Arbeitsrecht« • Erscheint jeden Donnerstag • Redaktionsschluß Sonnabend

Monatlich 1.30 M. durch alle Postämter • Inserate: Die 6-gespaltene Nonp.-Zeile bei Arbeitsmarkt, Gratulationen aus Ortsvereinen und Krankenkassen 30 Pf. • Verlag und verantwortlich für die Redaktion: A. Lankes, Berlin NW 40, Reichstagsufer 3. Telefon: A2 Flora 4933

Berlin, 24. März 1932 • 45. Jahrgang • Nr. 12

Sieg der Demokratie

Aufregende Tage liegen hinter uns. Der 13. März sollte die Entscheidung über Demokratie oder faschistische Herrschaft bringen. Von 37 658 036 Wählern entschieden sich 49,6 Proz. für die Demokratie und den Bestand der Republik. Davon erhielten Stimmen:

Duesterberg	2 558 939
Hindenburg	18 654 690
Hitler	11 341 360
Thälmann	4 902 939
Winter	111 486
Zersplittert	8 622

Die Beteiligung war noch bei keiner Wahl so groß wie diesmal. Sie schwankte zwischen 85 und 95 Proz.

Die Hitlerpsychose erlitt einen schweren Schlag. Die Faschisten rechneten bestimmt mit dem Siege. „Ihr könnt machen was ihr wollt, Hitler wird doch Reichspräsident“, plärren die Nazimaulhelden durch alle Gassen. Welch ein Glück, daß dem deutschen Volke diese Schande erspart blieb, den höchsten Vertrauensposten einem Menschen auszuliefern, der vor wenigen Stunden auf krummen Wegen zum Parteibuchbeamten erkürt und dadurch erst Staatsangehöriger der deutschen Republik wurde. Dem Abgott hysterischer Weiber, politischer Kinder und Abenteurer, abgehalfterter Offiziere und Prinzen, entthronter Monarchen rettete diese Schiebung auch nicht. Ihr Kandidat, der als Staatenloser noch niemals zur Wahlurne gehen konnte, zog stark rampontiert, mit verbogenem Heiligenschein aus dem Wahlkampf zurück ins Braune Haus.

Der Wahlausgang bewies die hocherfreuliche Tatsache, daß die Sozialdemokratische Partei und die freien Gewerkschaften in bewundernswürdiger Weise Disziplin hielten und geschlossen der Parole ihrer Führer folgten. Weder den Faschisten noch den Kommunisten ist es gelungen, in die Eisernen Front der organisierten Arbeiterschaft einzubrechen. Diese Tatsache verdient schon deshalb hervorgehoben zu werden, weil durch die furchtbaren Auswirkungen der Wirtschaftskrise den Feinden der Arbeiterschaft ihre Hetzarbeit erleichtert wird. Die arbeitende Klasse hatte sich aber in ihrer großen Mehrheit als Schutzwall zur Verteidigung der Republik formiert. Den Nazis und Kommunisten wurde sehr deutlich bewiesen, daß die Arbeiterschaft von ihrem geplanten Zerstörungswerk nichts wissen will. Sie wird mit Klauen und Zähnen ihre Errungenschaften verteidigen. Möge sich diese Erkenntnis baldigst in weiten Kreisen aller Arbeiter und Arbeiterinnen durchsetzen.

Die faschistischen Drahtzieher werden bestimmt von ihren kapitalistischen Geldspendern keinen Dank erhalten. Viele Millionen sind von den Kapitalisten in das faule Nazigeschäft gesteckt worden. Sie werden sich niemals verzinsen und niemals wird es den Faschisten gelingen, die Arbeiterschaft ihrer wirtschaftlichen und sozialen Errungenschaften zu berauben. Hitler wird sich an dem Granitblock der sozialistischen Arbeiterbewegung den Schädel einrennen. Der bewundernswürdige Elan, mit dem in der Eisernen Front gegen die Verdummungspolitik der Nazis und Kommunisten vorgestoßen wurde, muß in der Folgezeit eine starke Belebung in den sozialistischen Arbeiterkreisen auslösen.

Unsere Gegner im kapitalistischen Lager, die mit Schwertgeklirr und Wogenprall in die Wahlschlacht

zogen, stehen vor einem wüsten Trümmerhaufen ihrer Harzburger Front. Die um Hugenberg und dem Stahlhelm wurden zu den gehässigsten Feinden der Nazis. Was Hugenberg mit seinem Häuflein bei der zweiten Wahl plante, wurde ihm ebenfalls in Trümmer geschlagen. Der Nazi-Messias hat sich selbst für den zweiten Wahlgang gestellt. Die Nazis leben dabei in der naiven Hoffnung, es werde ihnen trotz ihrer Niederlage möglich sein, noch Millionen von Wählern an ihre verschlissene Fahne zu fesseln. Welche Stellung die Kommunisten beim zweiten Wahlgang einnehmen, ist noch nicht bekannt, wenn aber eintritt, was auf der letzten Tagung der kommunistischen Internationale behauptet wurde, daß die Kommunisten als größten Feind die Sozialdemokratische Partei erblicken, so kann man auf mancherlei gefaßt sein.

Das Scharfmacherorgan, die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, hat in ihrer Ausgabe vom 10. März dem kommunistischen Kandidaten folgende Werteschätzung mit auf den Weg gegeben: „Die nützliche Funktion der Kandidatur Thälmann besteht demnach darin, jede Möglichkeit der Wahl eines Präsidenten der Linken zu verhindern. Aber damit ist ihre Aufgabe noch nicht erschöpft: je mehr Stimmen für Thälmann abgegeben werden, um so größer wird die Zahl der Hindenburg-Gegner sein, um so größer daher die Aussicht, daß der erste Wahlgang ergebnislos verläuft, um so größer daher auch die Wahrscheinlichkeit, daß tatsächlich für den zweiten Wahlgang die Entscheidung bei Hugenberg oder Hitler liegt. Die Kommunisten spielen also in jedem Fall das Spiel ihrer Gegner, — genau wie 1925.“

Das Wahlergebnis wird beim zweiten Wahlgang keine wesentlichen Änderungen mit sich bringen. Hindenburg hat einen zu großen Vorsprung, um von den Faschisten überholt zu werden. Ob dann die Faschisten ihre Wählermassen zusammenhalten können, wagen wir stark zu bezweifeln. Ja, noch mehr in den Ländern, wo bei vorher stattgefundenen Wahlen ein starkes Anschwellen der Nazistimmen zu verzeichnen war, ist am 13. März bereits ein Stimmenrückgang eingetreten. Noch größer wird der Stimmen-

rückgang beim zweiten Wahlgang sein, wenn von der organisierten Arbeiterschaft mit noch größerer Energie wie zur ersten Wahl die Pflicht erfüllt wird. Es kriselt bereits im faschistischen Lager, alles wartet fieberhaft auf die Einlösung der Versprechungen des Führers. Die nach der Futterkrippe Drängenden wurden wieder zurückgepfiffen. Heute ist der Faschismus nicht mehr in der Angriffsstellung, er befindet sich bereits auf dem Rückzug, der um so schleuniger vor sich geht, als sich endlich die Arbeiterschaft einig wird.

Der dem Faschismus beigebrachte Schlag muß unbedingt die Regierung veranlassen, aus ihrer strälichen Duldsamkeit gegen die Nazibewegung herauszutreten. Es darf nicht mehr länger gewartet werden, um diese Seuche lahmzulegen, oder will die Regierung weiterhin tatenlos zusehen, wie durch die Verhetzung der Nazis eine Generation politisch verblödet wird? Erwartet muß werden, daß die Nazis aus den Regierungsstellen entlassen werden. Es ist untragbar für den republikanischen Staat, wenn er seine Totfeinde beschäftigt und solchen als Staatspensionäre weiterhin aus den Steuergroschen des Volkes Ruhegelder bezahlt und nicht den Mut aufbringt, hier durchzugreifen. Die Regierung kann unmöglich noch länger zusehen, wie die Faschisten eine Privatarmee kasernieren und die militärische Ausbildung dieser Prätorianergarde zulassen. Sie wird durchgreifen müssen, wenn in ruhiger Entwicklung auf dem raschesten Wege der wirtschaftliche Wiederaufstieg einsetzen soll. Vieles, was in letzter Zeit uns an Vertrauen im Auslande verlorenging, wurde durch den Ausgang der Wahl wieder zurückgewonnen. Diese Tatsache muß ausgewertet werden. Nunmehr ist alles daranzusetzen, um endlich die Arbeitslosen in Lohn und Brot zu bringen.

Nun gilt es, bis zum 10. April alle Kraft einzusetzen, daß die Niederlage der Faschisten eine vollständige wird. Die Hammerschaften werden wiederum in der Eisernen Front ihren Mann stellen und sie werden mit noch größerer Tatkraft sich jetzt schon rüsten, daß Hitler mit seinem Gefolge endgültig geschlagen wird.

Auferstehung

„Und wenn Natur dich unterweist, dann geht die Seelenkraft dir auf.“ Goethe.

Mit Glockengeläut und Gebet wird alljährlich in den Christenheiten das Osterfest gefeiert. Die christliche Mythe hat aus einem Freudenfest der Natur eine kirchliche Feier gemacht, mit Weihrauch und der intensiven Hervorkehrung der Frömmigkeit, die zumeist an Aeußerlichkeiten Genüge findet und das Herz unberührt läßt.

Und doch gedenken auch wir des Osterfestes, begehen auch wir eine Auferstehungsfeier. Nicht die Auferstehung kommt für uns in Betracht, die die christliche Mythe den Gläubigen beschert. Eine andere Auferstehung feiern wir! Auferstehung des Geistes — Auferstehung der Menschheit. Keine Gedächtnisfeier kann es sein. Denn das, was den Gehalt unseres Festes ausmacht, liegt nicht unter den Trümmern der Vergangenheit begraben, ist nicht vor Jahrtausenden schattengleich aufgetaucht, um alsbald wieder im Nebel der Zeitläufte für immer zu verschwinden. Unsere Osterfeier gilt der Zukunft; ihr drängungestüm unser Hoffen und Sehnen entgegen.

Auferstehung des Geistes. Der nimmer rastende, ewig vorwärts drängende Menschengest will seine alten Bande abstreifen und sucht sich freier und freier zu entfalten. Auf seiner Bahn darf es kein Hemmnis geben, kühn geht er daran, die letzten Fesseln abzuschütteln, seinen Höhenflug zu beginnen, der Sonne der Erkenntnis entgegen. Dem Erlöser Geist — dem Menschengest jubelt eine Welt entgegen. Eine ganze Welt vertraut ihm ihr Hoffen und Sehnen an.

Die Unterdrückten, die Millionen Geknechteter und Entrechteter sind es, die dem Geist ihre Zukunftshoffnung entgegentragen, die ihm Opfer bringen als dem Erlöser aus Elend und Leid.

Die Entrechteten feiern ihr Fest der Auferstehung, ein Fest der Wiedergeburt. Wie alljährlich die Natur erwacht zu neuem Keimen, neuer Blüte und frohes Schaffen allüberall sich regt, ist auch die Menschheit zu neubelebtem Schaffen, zu neuem Leben erwacht, will sie die Saat austreuen, die zu herrlicher Ernte heranreifen wird. Es sind keine Ideen, von der jüngsten Zeit geboren, die dieses Frühlingsahnen der Menschheit, diese niemals sterbende Auf-

Hohe Bierpreise, niedrige Umsätze

erstehungshoffnung des Menschengenies beseelen. Die Freiheitssehnsucht, die Hoffnung auf Befreiung aus Banden der Knechtschaft ist so alt wie die Menschheit selbst. Der Drang nach Freiheit, der sich selbst durch die trübsten Zeiten der Unterdrückung und Knechtschaft lebenskräftig erhalten hat und immer wieder in kampfesfroher Manifestation zutage trat.

Unser Ziel, unser Streben und Ringen nach Freiheit symbolisiert sich in diesem Fest der erwachsenen Natur. Und darum schauen wir in froher Siegeszuversicht dem Frühling entgegen, wissend, daß auch der von uns ersehnte Menschheitsfrühling, dem unser Kampf geweiht ist, kommen muß. Mit aller Kraft fördern wir die Erkenntnis, wecken wir die Schlummernden, schaffend und kämpfend, auf daß die Fesseln fallen, die den Geist in Banden halten. Allem, was uns im Vorwärtsschreiten hindert, gilt der Kampf, den wir führen zu Nutz und Frommen des Menschheitsideals.

Diesem Kampf kann keine Macht auf die Dauer widerstehen. Wohl können die Dunkelmänner aller Richtungen kraft ihrer Macht uns hemmen und den Kampf verlängern, ihn unmöglich zu machen wird nicht gelingen. Trotz aller Opfer, die wir bringen müssen, stehen wir mit ungeschwächtem Mute ein für unsere Ideale, kämpfen wir weiter den Kampf um unsere Befreiung aus den Banden kapitalistischer Knechtschaft, um unsere Freiheit.

Die Natur sprengt die eisigen Bande des Winters, trotz aller Stürme, trotz Eis und Schnee erwacht das junge Leben, keimt und grünt die Saat. Trotz aller Reaktion wird unsere Saat weiter wachsen um zu reifen, wird die erwachte Menschheit sich dereinst erfreuen an den Früchten deren Saat der Völkerfrühling ausstreute.

In Kampfstimmung feiern wir darum unser Frühlingsfest, überzeugt und durchdrungen vom unerschütterlichen Glauben an die vollkommene Verwirklichung des Gedankens: Auferstehung des Geistes — Auferstehung der Menschheit — Sieg des Sozialismus.
Georg Kunert.

Wochenschau

Hindenburg kandidiert auch im zweiten Wahlgang. Reichspräsident von Hindenburg hat sofort nach Bekanntwerden des Wahlergebnisses dem Hindenburgausschuß gegenüber erklärt, daß er auch im zweiten Wahlgang kandidieren werde. Hitler kandidiert ebenfalls. Ob Thälmann wieder kandidiert oder seine Wähler auffordert, für Hitler zu stimmen, steht noch nicht fest.

Wahlen zum Saarländischen Landesrat. Im Saargebiet, dessen Regierungsgewalt in den Händen einer fünfköpfigen vom Völkerbund eingesetzten Kommission liegt, haben die Wahlen am 13. März ein glattes Bekenntnis zu Deutschland gebracht. Es erhielten Sitze: das Zentrum 14, die SPD. 3, die Nazis 2, die Deutsch-Saarländische Volkspartei 2, die Deutsche Wirtschaftspartei 1 und die Kommunisten 8.

Zündholzkönig und Photokönig begingen Selbstmord. Der Herr des mächtigen Zündholztrustes, der Schwede Ivar Kreuger, hat sich in Paris das Leben genommen. Ursache zu diesem Selbstmord war der finanzielle Zusammenbruch des Kreuger-Konzerns. Kreuger hatte sich in Deutschland und in zahlreichen anderen Staaten das Zündholzmonopol gesichert. 48 Stunden nach dem Tode Kreugers erschoss sich der amerikanische Photokönig Eastman. Er war Aufsichtsratsvorsitzender der bekannten Kodakgesellschaft. Angeblich ist diese Gesellschaft durch den Zusammenbruch des Kreuger-Trustes in finanzielle Schwierigkeiten geraten.

Landtagsneuwahlen am 24. April. Nachdem für die Präsidentenwahlen ein zweiter Wahlgang notwendig wurde, der am 10. April stattfindet, wurden die Landtagswahlen in Preußen, Bayern, Württemberg und Anhalt, die ursprünglich für den 17. April in Aussicht genommen waren, am 24. April festgesetzt. Die genannten Länder umfassen fünf Sechstel der gesamten deutschen Bevölkerung.

Politische Osterruhe. Auf Grund einer Verordnung des Reichspräsidenten dürfen in der Zeit vom 20. März bis zum 3. April keine öffentlichen politischen Versammlungen und keine politischen Versammlungen und Aufzüge unter freiem Himmel stattfinden. Für die gleiche Zeit ist jede Art der öffentlichen Verbreitung von Plakaten, Flugblättern und Flugschriften politischen Inhalts verboten. In diesem Zusammenhang wurden auch die bisherigen Bestimmungen über Flugblätter wesentlich verschärft.

Reichsbank zahlt 12 Proz. Dividende. Die Einnahmen der Reichsbank stiegen von 127,03 Millionen Mark im Jahre 1930 auf 209,17 Millionen Mark im Jahre 1931. Aus diesem Gewinn werden wie im Vorjahre 12 Proz. Dividende gezahlt. Die Gewinnsteigerung ist auf die Kreditkrise zurückzuführen, in der für die von der Reichsbank gewährten Kredite ziemlich hohe Zinsen gezahlt wurden. Ein Teil des Gewinnes wird zur Reorganisation des deutschen Kreditapparates benutzt.

Sehr leicht stellte sich der Preiskommissar die Senkung des Bierpreises vor. Davon merkt aber der Konsument nichts, denn der äußerst niedrige Betrag der Preisverbilligung spielt selbst im Haushalt des Aermsten keine Rolle. Aber eine große Beunruhigung und eine weitere Einschränkung des Bierumsatzes wäre bestimmt durch die Maßnahmen des Preiskommissars zu verzeichnen gewesen.

Wir konnten über den Streik der Hamburger und Berliner Gastwirte berichten. Wenn auch diese Aktion von ihrem Beginn an von den Nazis und den Kommunisten in das politische Fahrwasser geleitet wurde und somit den Keim der Niederlage in sich trug, so ist dennoch diese Stimmung in den Kreisen der Interessenten beachtenswert. Mit solchen Mitteln wird bestimmt keine Konjunkturbesserung in der Brauindustrie eintreten können. Die Ursachen des wirtschaftlichen Niederganges liegen viel tiefer. Es ist eine feststehende Tatsache, daß durch eine überspannte Steuerpolitik sowohl das Brau- als auch das Gastwirts-gewerbe stark betroffen wurden. Uebertriebene Steuern vermindern den Verbrauch. Dieser Beweis wurde mit aller Exaktheit beim Bierabsatz erbracht. Alle Erwartungen, die vom Reich auf die fortwährende Steuerschraube gegen das Bier gesetzt wurden, erwiesen sich, besonders in der Zeit des wirtschaftlichen Niederganges, als verfehlt. Das Steueraufkommen bleibt weit hinter dem Voranschlag, denn der in guter Zeit vorhandene Ausstoß von rund 58 Millionen Hektoliter ist enorm zurückgegangen. Vom 1. Juli bis 30. September 1931 betrug beispielsweise der Ausstoß nur 10,5 Millionen gegenüber 17,8 Millionen Hektoliter im gleichen Zeitraum 1929. Im vierten Quartal 1931 erfolgte ein weiterer Rückgang auf 9,011 Hektoliter.

Die Brauindustrie suchte diesen Minderumsatz durch eine Senkung der Kosten zu Lasten der Arbeiter und Angestellten auszugleichen. Arbeitszeitverkürzungen mit entsprechendem Lohnabbau wurden durchgeführt und sonstige Einsparungen da und dort unternommen. Jedoch der Rückgang des Bierumsatzes warf auch diese Einsparungen bald wieder um.

Gewiß war die Brauindustrie in den Hochkonjunkturzeiten nicht auf der Höhe. Sie glaubte, es werde für sie eine Verschlechterung ihrer Wirtschaftslage überhaupt nicht eintreten und in diesem Wohlergehen betrieben die Brauereien eine vollständig verfehlt Interessenpolitik. Von den namhaften Ueberschüssen erfolgten Investitionen nach allen Seiten hin. Gastwirten wurden schrankenlose Darlehen gegeben. Häuser, in denen sich Gast-

stätten befinden, angekauft, und eine unerhörte Belastung der Brauereibetriebe war dadurch die Folge. Die Brauindustrie übernahm das Risiko für unendlich viele Gaststätten. Alles wurde getan, um die Konkurrenz endgültig aus dem Absatzbereich der einzelnen Betriebe auszuschalten. Ueberdies kam eine Expansionspolitik durch Aufkauf kapitalschwacher Betriebe zum Zwecke der Ausschaltung der Konkurrenz hinzu.

Heute ist die Brauindustrie stark überlastet mit Investitionen und hohe Beträge sind für Sonderabschreibungen auf diese Anlagen nötig. Viele Millionen Debitoren müssen in den Schornstein geschrieben werden und selbst, wenn die Eindeckung mit Rohstoffen sehr vorsichtig war, so sind dennoch Unternehmungen durch alte Verträge gebunden und nicht in den Genuß der Preissenkungen für Rohstoffe gekommen.

Nach der Politik des Preiskommissars sollte erreicht werden, bei der sehr optimistischen Voraussetzung eines Ausstoßes von 50 Millionen Hektoliter, eine Ersparnis für das deutsche Volk von 100 Millionen bei den Brauern und 150 Millionen Mark bei den Gastwirten. Diese Beträge gehen wiederum den Brauereien und Gastwirten von der Einnahme ab, in einem Zeitpunkt, in dem die Lasten der Zinsen, Abschreibungen und Verluste an sich schon schwer auf allen Gewerben lasten. Es kann heute schon mit bestimmter Deutlichkeit vorausgesagt werden, daß ein Erfolg für eine Belebung der Brauindustrie gleich Null sein wird.

Bestimmt aber wird eine Belebung der Brauindustrie und des Gastwirts-gewerbes eintreten durch die Senkung der Reichsbiersteuer und der Gemeindebiersteuer. Vereint mit der Steuersenkung und der Senkung der Herstellungskosten werden Ersparnisse von 475 Millionen Mark, immer vorausgesetzt bei einem Ausstoß von 50 Millionen Hektoliter, jährlich verbleiben. Dadurch wird eine fühlbare Senkung beim Bier im Ausschank erzielt werden. Nur wenn auf das Ganze gegangen wird, nämlich die überspannte Biersteuer und Herstellungskosten herabgesetzt werden, wird der Ausstoß, wenn auch auf einem niedrigeren Niveau, stabilisiert werden können. Es ist bedauerlich, daß, obwohl der Beweis für die Schädlichkeit der übertriebenen Biersteuer längst erbracht ist, eine Aenderung dieses, eine große Industrie schwer schädigenden Systems, wieder vertagt wurde. Dennoch wird diese Frage nicht mehr von der Öffentlichkeit verschwinden, eine baldige und dringende Notwendigkeit einer grundlegenden Regelung ist erbracht.

Nazis wollten putschen. Wie durch Veröffentlichung der preußischen Polizei bekannt geworden ist, wollten die Nazis in der Nacht vom 13. zum 14. März putschen. Der für sie so blamable Wahlausgang hat sie an diesem Vorhaben gehindert. Um die näheren Zusammenhänge dieser geheimen Putschabsichten aufzuklären, wurden am 16. März in Preußen und in Hamburg Haussuchungen in allen Nazigeschäftsstellen vorgenommen.

Hitler ist Gendarm gewesen. Wie durch den in Thüringen tätigen parlamentarischen Untersuchungsausschuß festgestellt wurde, hatte der ehemalige Naziminister Frick den heutigen Regierungsrat Hitler tatsächlich zum Gendarmeriekommissar von Hildburghausen ernannt. Die Ernennungsurkunde ist später wieder vernichtet worden.

Stimmen zur Präsidentenwahl

Enttäuschungen rechts und links.

Die Kommentare rechtsgerichteter Zeitungen zum Ausgang der Reichspräsidentenwahl stehen im auffallenden Gegensatz zu den bombastischen Ankündigungen, die, besonders in der nationalsozialistischen Presse, kaum mehr zu überbieten waren. „Ihr könnt machen, was ihr wollt, Hitler wird doch Reichspräsident“, erklärte der Großlautsprecher Goebbels nicht nur einmal, sondern zu jeder sich bietenden Gelegenheit. Nachdem das Wahlergebnis vorlag, schreibt der „Angriff“, das in Berlin erscheinende nationalsozialistische Organ:

„Die Nationalsozialisten erzielten 11,3 Millionen Stimmen, wobei daran erinnert sei, daß Hitler selbst in einem Interview, das er in Hannover dem amerikanischen Journalisten Knickerbocker gewährte, höchstens 12 Millionen Stimmen für sich voraus-sagte; diese Zahl ist nahezu erreicht worden.“

Ebenso bescheiden ist der „Völkische Beobachter“. Er bedauert, daß die sozialdemokratischen Wähler geschlossen für Hindenburg gestimmt haben. An anderer Stelle schreibt er dann: „Ein bitterer Wermutstropfen ist vor allen Dingen in den Becher jener gefallen, die glaubten, mit der Aufstellung eines Sonderkandidaten politische Geschäfte (Hugenberg! D. R.) machen zu können. Der Kampf in Deutschland wird ausgetragen zwischen dem Nationalsozialismus und den Weimarnern.“ Vor

der Wahl hat man immer wieder gelesen, daß die Entscheidung zwischen Nationalsozialismus und Bolschewismus fallen werde. Mit dieser Parole haben die Nazis große Teile des Bürgertums für sich gewonnen. Also auch hier Erleuchtung.

Das Berliner Zentrumsblatt, die „Germania“:

„Wenn Herr Goebbels mit prophetischem Blick die jetzige Entscheidung im voraus als eine Entscheidung für das Nichtsein ausgelegt hat, dann sollte der Staat nicht zögern, dieses Nichtsein mit allen Mitteln auch amtlich zu bestätigen. Wir meinen das so, daß nach dem Volke endlich auch der Staat erwacht, daß er sich, um ein Wort des Zentrumsführers zu wiederholen, aufreht und energischer als bisher gegen die an den Massen betriebene Verhetzung und Aufwiegelung vorgeht, der die Nationalsozialisten den erheblicheren Teil ihrer Zahlengröße verdanken. Wir wollen und fordern, daß der Sinn für Ordnung und sachliche Arbeit, den das deutsche Volk in einer schweren Stunde wiederum bewiesen hat, mehr als bisher als die nationale Kraftquelle einer fruchtbaren Staatspolitik geschützt wird.“

Das „Berliner Tageblatt“ schreibt:

„Daß der Sieg Hindenburgs für das Hakenkreuz, für den deutschen Faschismus, ein Schlag aufs Haupt geworden ist, läßt sich am deutlichsten veranschaulichen, wenn man sich die phantastischen Erwartungen vergegenwärtigt, mit der die Führer der Nationalsozialisten in den Kampf gezogen waren.“ An anderer Stelle heißt es: „Kommt es jetzt zu einem zweiten Wahlgang, so haben Hugenberg und Hitler alles zu riskieren und nichts zu gewinnen. Die Majorität, die gestern gegen sie gestimmt hat, hat keinen Anlaß, ihnen bei einem zweiten Wahlgang irgend etwas zu schenken, zumal unmittelbar danach die Wahlen in Preußen stattfinden sollen. Muß noch einmal zum Kampf mit dem Stimmzettel angetreten werden, dann soll es ein Kampf mit aller Härte werden, bei dem diejenigen, die ihn heraufbeschworen haben, keine Freude erleben sollen.“

Der „Vorwärts“ schreibt, nachdem er mitgeteilt hat, daß Hitler auch im zweiten Wahlgang kandidieren will:

„Wenn Hitler noch einmal geschlagen werden will, dann soll er es haben. Dann muß aber dafür gesorgt werden, daß die zweite Lektion noch viel gründlicher ausfällt als die erste!“

Markus Langhann, 25 Jahre Verbandsangestellter



Der Verbandstag der Bäcker vom 10. bis 13. März 1907 in Kassel beschloß einstimmig, Kollegen Markus Langhann als zweiten Kassierer im Verbandsvorstand anzustellen. Am 1. April 1907 trat Markus Langhann sein Amt an.

Unser Jubilar gehört zu den ältesten organisierten Bäckerkollegen in Hamburg. Wir sehen ihn 1898

in den vordersten Reihen der kämpfenden Kollegen, wo im zähen Ringen Bresche in den Kost- und Logiszwang beim Unternehmer gelegt wurde. Er stand damals an gefährlichem Posten und leistete gewaltige Arbeit bei der Durchführung des Kampfes. Unser Jubilar gehört zu denjenigen unserer wertvollsten Mitarbeiter, die in zäher Kleinarbeit Schritt um Schritt den steinigen Boden fruchtbar machten zur Aufnahme des Solidaritätsgedankens unter den Berufsangehörigen. Dadurch konnte er sich in den Kreisen unserer alten Hamburger Kollegen für alle Zeiten einen guten Namen erringen. Wo eine Aktion zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Bäckereiarbeiter eingesetzt wurde, sahen wir unseren Freund an exponierter Stelle. Ihm galt stets die Organisation alles, und unter Einsetzung aller seiner Kräfte und Kenntnisse leistete er Hervorragendes. Jahre hindurch war Kollege Langhann Geschäftsführer der Grobbäckerkrankenkasse, wodurch es ihm möglich war, mit weiten Kreisen der Kollegenschaft in engste Fühlung zu kommen. Nach seiner Anstellung in der Verbandszentrale leistete er unermüdlich hervorragende wertvolle Arbeit im Interesse der Kollegenschaft.

Unser Freund ist in weiten Kreisen unserer Mitglieder des früheren Denag bekannt. Wer in seinen Ferien an die Wasserkante kam, fand in Kollegen Langhann einen zuverlässigen „Bärenführer“.

Unser Freund hat trotz der erfolgreichen Arbeit in der Organisation und trotz mancher Niederlage, die der Kollegenschaft durch die ungleichen Machtverhältnisse seitens der Unternehmer beschert wurden, nie den Glauben an unsere gerechte Sache verloren. Oftmals konnte er schwierige Situationen meistern durch seinen sonnigen Humor. Immer wieder trug er dazu bei, mutlose Kollegen in ihrem Glauben an die Macht der Organisation zu stärken.

Seit dem Zusammenschluß zur Einheitsorganisation ist unser Freund in der Ortsgruppe Hamburg als 2. Kassierer tätig. Nebenbei ist er mit agitatorischen Arbeiten betraut und auch in der Einheitsorganisation hat er stets trotz seiner fortgeschrittenen Jahre viel zur Machterweiterung beigetragen.

Wir wünschen unserem Freund noch lange die Möglichkeit zur Mitarbeit an dem Weiterbau unseres Lebenswerkes. An seinem Jubiläumstag kann er voll Freude zurückblicken auf unser geschaffenes Werk, wobei er seinen Mann in allen Situationen stellte. Wenn auch in diesen wirtschaftlich schlechten Zeiten seine Energie, die sich besonders bei den wirtschaftlichen Kämpfen bewährte, nicht mehr voll zur Entfaltung kommen kann, so ist doch seine alte Forderung in Erfüllung gegangen: „Dat Beer mutt billiger warn!“

Große Enttäuschung bringt die kommunistische „Rote Fahne“ zum Ausdruck. Sie schreibt:

„Das Ergebnis der Wahl zeigt, daß die Zahl der für die Kommunistische Partei abgegebenen Stimmen hinter den objektiven Möglichkeiten, die uns die gegenwärtige Situation bietet, zurückbleibt. Das Wahlergebnis ist für die Kommunistische Partei unbefriedigend. Wir müssen mit bolschewistischer Selbstkritik feststellen, daß es uns bisher nur teilweise gelungen ist, die schändlichen Manöver der Sozialdemokratischen Partei, die betrügerischen Redensarten vom „kleineren Uebel“, vom „Staatskapitalismus“, die Politik der Eisernen Front zu zerschlagen und die Millionen sozialdemokratischer gewerkschaftlich organisierter Arbeiter von der Richtigkeit unserer Politik zu überzeugen und sie vom Einfluß des Sozialfaschismus loszureißen.“

Die Niederlage schiebt die „Rote Fahne“ im weiteren Verlauf ihrer Wahlbetrachtungen den Massen in die Schuhe. Kein Wort findet sie gegen die verbrecherische Unfähigkeit der kommunistischen Führer, deren Taktik es gewesen ist, Hitler zur Macht zu verhelfen. Selbstüberhebung ist es, zu glauben, daß diese Politik, die deutliche Ablehnung unter den kommunistischen Arbeitern erfahren hat, von den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern für richtig empfunden werden wird. Das Gegenteil muß eintreten. Die irreführenden kommunistischen Arbeiter müssen endlich erkennen, daß die Politik der KPD, der Arbeiterschaft nur Unglück bringt. An dieser Aufklärung mitzuwirken, ist heiligste Pflicht jedes organisierten Arbeiters.

Gefährdung der Brauereidite?

Obwohl die Bierstreiks eingestellt sind, will das Thema Biersteuer — Bierpreise in der Öffentlichkeit nicht zur Ruhe kommen. Der Reichsrat hat bekanntlich einen Beschluß gefaßt, die Herabsetzung der Biersteuer um 7 Mk. je Hektoliter zu empfehlen. Den Rest sollen die Brauereien und Gastwirte aufbringen. Die Brauereien sollen eine Preisherabsetzung von 2 Mk. je Hektoliter vornehmen. Der Brauerbund geht mit einer Erklärung an die Öffentlichkeit, die auf all diese Fragen eingeht. Er behauptet, „daß die gewaltsame Senkung der Bierpreise in voller Höhe zu Lasten des Ertrages geht“. Die Erträge der Brauereien liegen aber durchweg erheblich unter dem Satz von 2 Mk. je Hektoliter, was durch folgende Ausführungen zu beweisen gesucht wird:

„Bisher liegen die Ausweise von 225 Brauereien mit einem Ausstoß von 20,66 Mill. Hektoliter vor; die noch fehlenden 82 Betriebe können das Ergebnis nicht wesentlich beeinflussen, keinesfalls in günstigem Sinne, da es sich in der Hauptsache um kleine oder ungünstig arbeitende Betriebe handelt. Nur 187 Brauereien arbeiteten mit Gewinn, 9 Brauereien ohne Gewinn oder Verlust; ohne Dividende blieben 77 Betriebe. Der durchschnittliche Reingewinn betrug 1,48 Mk. je Hektoliter, die durchschnittliche Dividende 1,20 Mk. Die Berliner Brauereien hatten einschließlich Schultheiß-Patzenhofer einen Reingewinn von 0,94 Mk. und eine Dividende von 0,64 Mk.; ohne Schultheiß-Patzenhofer einen Reingewinn von 2,02 Mk. und eine Dividende von 1,38 Mk.“

Wir hätten eine geschicktere Taktik seitens des Brauerbundes gewünscht. Wenn von 225 Brauereien 29 mit Verlust abschließen und 77 keine Dividende verteilen, sollte man in der heutigen Zeit kein großes Aufheben davon machen. Die Rendite der Industrieunternehmungen im allgemeinen ist sehr schlecht. Wenn eine Industriebranche noch so abschließt wie die Brauereien, dann sollte man sich damit zufrieden geben. Ein weiterer Satz in der Verlautbarung fordert unsern Widerstand ebenfalls heraus. Nämlich: „Die geringen Ersparnisse, die sich auf Grund der Notverordnung ergeben, werden durch vermehrte Belastungen aufgezehrt.“ Das entspricht den Tatsachen nicht. Nach unwidersprochenen Veröffentlichungen des „Deutschen Volkswirt“ hat die Lohnsenkung der letzten Notverordnung eine Kostenersparnis je Hektoliter um 70 Pf. gebracht. Kohlen und sonstige Betriebskosten wurden um 50 Pf. gesenkt. Angesichts dessen sollte nicht davon geredet werden, daß diese hohen Ersparnisse durch anderweitige Belastungen ausgeglichen seien, es sei denn, dafür werden zahlenmäßige Beweise erbracht. Wenn der Brauerbund Sympathien für das Gewerbe in der Öffentlichkeit zu wecken sucht, so sollte er es mit anderen Mitteln tun. Eine Biersteuersenkung in dem in Aussicht genommenen Umfange ist ein Entgegenkommen, daß auch ein Entgegenkommen von seiten der Brauereien notwendig macht. Und wenn diese mit 2 Mk. je Hektoliter zur Biersteuersenkung beitragen sollen, dann sollten sie diese Belastung ohne vieles Drumherumreden auf sich nehmen. Andererseits leiten sie den Gegnern nur Wasser auf die Mühlen. Wer sich selbst isoliert, kann nicht auf Sympathien rechnen.

Biersteuersenkung in Kraft

Senkung der Branntweinsteuer erfolgt demnächst.

Die Reichsregierung hat die Vorschläge des Reichsrates zur Biersteuersenkung beraten und angenommen. Mit der Wirkung vom 20. März senkt sich demzufolge die Reichsbiersteuer, die gestaffelt erhoben wird und bei Vollbier in der Spitze 12 Mark beträgt, in allen Staffeln um 3 Mark pro Hektoliter. Es ist dies eine Senkung in der Staffelspitze um 25 Proz., die sich nach unten bis auf 33 Proz. erhöht. Die Gemeindebiersteuer wird, soweit sie 8 Mark pro Hektoliter übersteigt, um 4 Mark gesenkt. Ist die Gemeindebiersteuer niedriger, so wird nur der über 4 Mark pro Hektoliter hinausgehende Betrag gesenkt. Unter 4 Mark soll die Gemeindebiersteuer nicht herabgesetzt werden. Diese Regelung ist mit Rücksicht auf Süddeutschland erfolgt, wo im allgemeinen mehr als 5 Mark Gemeindebiersteuer pro Hektoliter nicht erhoben wurde. Eine generelle Senkung um 40 Proz. würde diese Gemeinden besonders hart treffen haben.

Die gesamte steuerliche Entlastung wird überall dort, wo 10 Mark Gemeindebiersteuer erhoben wurden — und das ist in ganz Norddeutschland der Fall —, 7 Mark pro Hektoliter betragen. Zu dieser Entlastung kommt die bereits seit Anfang Februar durch den Preiskommissar verfügte Bierpreissenkung um 2 Mark sowie die nunmehr durchzuführende Ermäßigung des Schanknutzens der Gastwirte in etwa derselben Höhe. Insgesamt wird sich wahrscheinlich eine Senkung von 11 Mark pro Hektoliter ergeben, was einen Preisabschlag von 4 bis 5 Pf. pro 7/8-Glas herbeiführen wird.

Die Senkung der Branntweinsteuer, die gleichzeitig mit der Senkung der Biersteuer in Kraft treten sollte, wird hinausgeschoben. In Aussicht genommen ist, die Monopolabgabe um 1,50 Mark pro Liter zu

Wilhelm Brülling, 25 Jahre Verbandsangestellter



Am 1. April begeht Kollege Brülling, Bezirksleiter in Dortmund, sein 25jähriges Angestelltenjubiläum. Unser Jubilar ist gelernter Brauer und gehört zur alten Garde der früheren Brauereiorganisation. Er hat bereits in seinen jungen Jahren den Anschluß an die gewerkschaftliche Organisation als oberste Pflicht er-

achtet und stand mit im Vordertreffen bei allen Unternehmungen zur Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Lage der Berufsangehörigen. Vor seiner Anstellung war unser Freund als Bezirksführer in der Sozialdemokratischen Partei tätig und hat auch hier für die politische Machterweiterung der arbeitenden Klasse hervorragende Leistungen vollbracht.

Kollege Brülling wurde angestellt nach dem großen Brauerstreik und Bierboykott im rheinisch-westfälischen Gebiet, der mit gutem Erfolg für die Kollegen zum Abschluß gebracht werden konnte. Wie bei allen derartigen großen Kämpfen in organisatorischer Hinsicht viel nachgeholt werden muß, so erging es auch der Brauerorganisation. Unser Freund hat seinen Wirkungskreis im Zentrum der Brauindustrie in Dortmund und hier häufte sich die Arbeit zum organisatorischen Aufbau im vollsten Ausmaße. Die Organisation hat in unserem Freund einen ihrer prächtigsten und verlässlichsten Mitarbeiter gefunden. Was er in seiner Tätigkeit als Verbandsangestellter geleistet hat, geht weit über den Rahmen seines Wirkungskreises hinaus und ist der Kollegenschaft im ganzen Reich in guter Erinnerung. Stets getragen von der großen Ueberzeugungskraft, daß nur im solidarischen Zusammenhalt siegreich der Kampf gegen das Unternehmertum zur Bessergestaltung der Lebenshaltung der Berufskollegen durchgeführt werden kann und eingedenk dessen, daß nur bei voller Ueberzeugungstreue jedes einzelnen die gewerkschaftlichen Aktionen siegreich durchgeführt werden können, hat unser Jubilar bei allen Kampfmaßnahmen seine volle Pflicht erfüllt. Durch sein umfassendes Wissen, durch sein kluges taktisches Vorgehen in schwierigen Situationen leistete er der Organisation prachttvolle Dienste. Besonders die Kollegenschaft im Gau Rheinland-Westfalen hat in unserem Freund einen ihrer besten Mitarbeiter, und sehr oft konnte er sich durch ein ruhiges, konsequentes Auftreten mit seiner Ueberzeugung durchsetzen.

Kollege Brülling hat sich bei der sozialdemokratischen Arbeiterschaft das große Vertrauen gesichert, um als Stadtverordneter ihre Interessen in der Gemeinde zu vertreten. Auch bei diesen Arbeiten bewährte er sich vorzüglich durch seine, auch die Gegner beeinflussende Meinung.

Wir wünschen unserem Jubilar, daß ihm noch viele Jahre Mitarbeit im Dienste unserer Organisation vergönnt sind. Wenn er heute mit großer Genugtuung auf das machtvolle Werk der gewerkschaftlichen Einheitsorganisation zurückblicken kann, so darf nicht vergessen werden, daß dazu unser Freund wesentlich und mit allen seinen zur Verfügung stehenden Kräften beigetragen hat. Wir wünschen ihm noch viele Jahre körperlicher und geistiger Frische, und noch lange möge er unser bewährter Mitarbeiter bei den großen, in der Folgezeit bestimmt eintretenden Entscheidungskämpfen sein. Auch unsere Glückwünsche möge unser Freund entgegennehmen, daß ihm der Jubiläumstag große Freude und viel Genugtuung über sein geschaffenes Werk bringen möge.

senken. Darüber hinaus soll das Branntweinmonopol von sich aus eine Senkung von 50 Pf. pro Liter eintreten lassen, damit der Spritpreis um ein volles Drittel, von 6 auf 4 Mark gesenkt werden kann.

Es soll hier nicht wiederholt werden, daß die Biersteuersenkung fast zu spät durchgeführt wird, und daß die in diesen Zusammenhang erfolgten Diskussionen und Aufregungen hätten unterbleiben können, wenn die Reichsregierung vor der letzten Biersteuererhöhung jenen Stimmen Gehör geschenkt hätte, die auf die Gefahr, die den Reichsfinanzen droht, hingewiesen haben. Gewiß soll nicht verkannt werden, daß die Verschlechterung der Wirtschaftslage ihr Teil zu dem Rückgang des Bierkonsums beigetragen hat. Ausschlaggebend an dem Konsumrückgang blieb jedoch die sich übermäßig steigernde Steuerbelastung. Inwieweit sich die Senkung der Biersteuer und die damit mögliche Preissenkung auf die Belegung des Verbrauches auswirken wird, kann natürlich nicht vorausgesagt werden. Immerhin dürfte es möglich sein, den bisher unaufhaltsamen Verbrauchsrückgang aufzuhalten.

Millionen warten auf Arbeit

Arbeitsbeschaffungsprogramm des Reiches.

Die Zunahme der Arbeitslosigkeit ist am Ende des Monats Februar zum Stillstand gekommen. Voraussichtlich wird bereits in diesen Wochen ein Rückgang eintreten, der durch den Ausgang der Reichspräsidentenwahl wahrscheinlich stark beeinflusst werden wird. Diese saisonbedingte Abnahme der Arbeitslosigkeit würde aber nur ein Tropfen auf einem heißen Stein sein, wenn nicht durch planmäßige Arbeitsbeschaffung der Arbeitslosigkeit wirksam zu Leibe gegangen wird. Ueber die Arbeitsbeschaffungspläne der freien Gewerkschaften haben wir berichtet. Auf dem Krisenkongreß der Gewerkschaften wird darüber noch mehr gesprochen werden.

Auch der Reichswirtschaftsrat hat sich eingehend mit der Frage der Arbeitsbeschaffung befaßt. Er hat seine Untersuchungen in einer Denkschrift niedergelegt, die der Regierung in ihren Beratungen als Unterlage dienen wird. Die Vorschläge, die in dieser Denkschrift gemacht werden, erstrecken sich auf das Eisenbahnwesen, auf die Straßen- und Brückenerhaltung, den Hochwasserschutz, auf Kabelverlegung, Errichtung von Telephonämtern, auf die Melioration und Verbesserung der Milchwirtschaft und auf Hausreparaturen. Es ist also auch aus diesem Programm ersichtlich, daß es an Arbeit in Deutschland nicht fehlt. Ihre Durchführung ist jedoch erheblich erschwert durch den Mangel an Geld, der allenthalben spürbar ist.

Der Reichswirtschaftsrat hat sich natürlich auch mit der Finanzierung seines Planes beschäftigen müssen. Zunächst hatte man die Absicht, die Banken zu beauftragen, die notwendigen Mittel bereit zu stellen. Nachdem aber die Vertreter der Banken erklärt haben, daß sie nicht in der Lage seien, die nötige Vorfinanzierung durchzuführen, mußten andere Wege beschritten werden. Es ist deshalb in Aussicht genommen, besondere Kreditinstitute zu schaffen, die sich die herzugebenden Mittel durch Herausgabe diskontfähiger Papiere besorgen. Es soll dies unter stärkster Anlehnung an die Reichsbank geschehen.

Benötigt werden etwa 1,5 bis 2 Milliarden Mark. Davon sollen auf die Reichsbahn 100 Mill. Mk. entfallen und 30 000 Arbeiter beschäftigt werden. Die Reichspost soll mit 50 Mill. Mk. 15 000 Arbeiter beschäftigen. Zum Ausbau des Straßennetzes werden 200 bis 700 Mill. Mk. benötigt, wofür 77 000 bis 300 000 Arbeiter Beschäftigung finden können. Für Hochwasserschutz und landwirtschaftliche Meliorationen sind 430 Mill. Mk. veranschlagt. Beschäftigung finden werden 250 000 Arbeiter. Bei der Verbesserung der Milchwirtschaft sollen 50 Mill. Mk. aufgewendet und 10 000 Arbeiter beschäftigt werden. Für die Hausreparaturen sollen im Laufe des Jahres 300 bis 500 Mill. Mk. ausgegeben werden, die dadurch herbeigeführte Arbeitsmöglichkeit wird für rund 200 000 Personen Beschäftigung ergeben.

Die Durchführung der Arbeiten hängt in weitem Maße davon ab, inwieweit durch die kommenden politischen Kämpfe das Vertrauen in die deutsche Wirtschaft sichergestellt wird. Es ist deshalb Pflicht aller organisierten Arbeiter darauf hinzuwirken, daß die extremen Parteien aus der Wahlschlacht geschlagen zurückkehren. Je gründlicher dies geschieht, um so größer ist die Aussicht auf Arbeit.

Beseitigung der Lehrlingsverordnung

Forderung der sächsischen Fleischermeister.

In dem Kreis der sozialreaktionären Scharfmacher glauben die sächsischen Fleischermeister nicht fehlen zu dürfen. Sie haben sich erneut mit dem Antrag an das sächsische Wirtschaftsministerium gewandt, die bestehende Lehrlingsverordnung aufzuheben und die Befugnisse der Gewerkekammer zu übertragen. Das Wirtschaftsministerium ist gewillt, diesem Verlangen stattzugeben unter der Bedingung, daß die Gewerkekammern selbst die Neufassung über die Höchstzahl in der Lehrlingshaltung festlegen.

In Sachsen bestehen bereits seit 1921 Bestimmungen über die Lehrlingshaltung, wonach von Ostern an nur die Hälfte derjenigen Lehrlinge eingestellt werden darf, die im Durchschnitt der Jahre 1916 bis 1918 beschäftigt wurden. Dagegen haben die Fleischermeister gewaltig Sturm gelaufen. In spaltenlangen Artikeln wurde gegen die Forderungen der Gewerkschaften der Kampf geführt.

Am 15. Dezember 1922 wurde in einer Verordnung festgelegt, daß auf Grund von § 28 Abs. 2 der Gewerbeordnung bestimmt wird, in jedem Fleischereibetrieb darf nur ein Lehrling beschäftigt werden. Ein zweiter Lehrling darf nur in den folgenden Fällen gehalten werden:

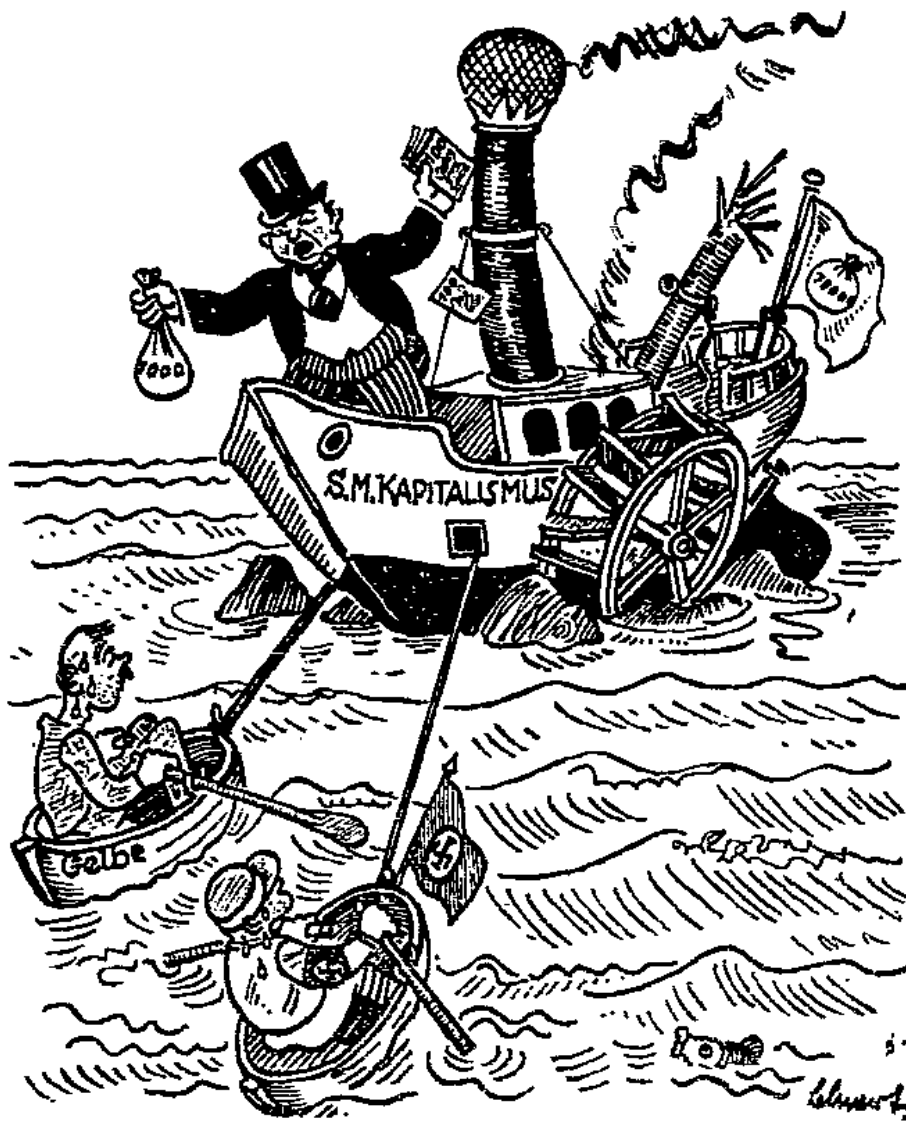
1. wenn der erste Lehrling das zweite Lehrjahr vollendet hat;
2. wenn in dem Betrieb ein zur Anleitung von Lehrlingen berechtigter Geselle dauernd beschäftigt wird;

3. wenn auf gemeinschaftlichen Antrag der zuständigen Innungen und Gewerkschaften die Gewerkekammer eine Ausnahme bewilligt.

Dies soll nur unter den in Punkt 2 1—3 der Verordnung über die Einschränkung der Lehrlingshaltung im Bäcker- usw. Gewerbe vom 17. August 1922, Sächs. Staatszeitung Nr. 193 vom 19. August 1922, genannten Voraussetzungen geschehen. Mehr als zwei Lehrlinge dürfen in keinem Betriebe gehalten werden.

Von den zu genehmigenden Ausnahmen wurde erfreulicherweise in den wenigsten Fällen Gebrauch gemacht. Trotzdem verordnete der wirtschaftsparteiliche Wirtschaftsminister Wilhelm am 22. Februar 1927, daß in der obengenannten Verordnung die Worte gestrichen werden „... zur Anleitung von Lehrlingen berechtigter...“ Das hieß also, daß die Fleischermeister nur noch dauernd einen Gesellen beschäftigen müssen, wenn sie einen zweiten Lehrling halten wollen.

Die Organisation hat damals durch ihre politische Interessenvertretung im Landtag den sächsischen Wirtschaftsminister Wilhelm gestellt, und er wurde durch Abstimmung gezwungen, die Ver-



Gestrandet!

„Selbst diese beiden werden den alten Kasten nicht wieder flott bekommen!“

wieder aufzuheben. Das hat dieser Minister niemals getan.

Einen schmutzigen Verrat verübte damals der Deutsche Fleischergesellenbund, indem er dem Wirtschaftsministerium seine Zustimmung zu dieser Verschlechterung gegeben hat. Nun wollen die Fleischermeister wiederum ihre sozialreaktionären Forderungen auf Aufhebung der Bestimmungen der Sonntagsarbeit, Zulassung von Arbeit am Karfreitag und weiter die alleinigen Befugnisse über die Bestimmungen in der Lehrlingshaltung durchsetzen.

In einem Artikel der „Fleischerverbandszeitung“ vom 8. März 1932 heißt es: „Nachdem die Fachverbände der beabsichtigten Neuregelung zugestimmt haben, sind die sächsischen Gewerkekammern übereingekommen, dem Wirtschaftsministerium die Vorschriften über die Lehrlingshaltung im Fleischerhandwerk zur Genehmigung einzureichen.“ Sollte zu den Fachverbänden, die hier ihre Zustimmung gegeben haben, wiederum Herr Busch mit seinem deutschen Fleischergesellenbund gehören? Warum wurde der Verband der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter nicht nach seiner Meinung gefragt? Oder verschweigt der Bezirksverein Sachsen im Deutschen Fleischerverbande, daß die Hauptorganisation der deutschen Fleischergesellen, der Verband der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter, seine Zustimmung nicht gegeben hat. Will man mit dem Dutzend Bundesgesellen auch weiterhin Verschlechterungen für die jungen Berufskollegen herbeiführen? Dagegen wird sich der Verband der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter ganz entschieden wehren.

Eine Uebertragung der Lehrlingsverordnungen auf die Gewerkekammern heißt Ausschaltung der wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitnehmer von der Kontrolle über die Höchstzahl der beschäftigten Lehrlinge, d. h. rücksichtslose Ausbeutung der Jugendlichen durch die Fleischermeister. Der Verband hat sich sofort an das sächsische Wirtschaftsministerium gewandt und gegen die beabsichtigten Maßnahmen Einspruch erhoben.

A. S., Dr.

Gewerkschafter heraus!

Der Spuk muß ein Ende haben!

Die Schlacht ist geschlagen. Die Faschisten haben mit dem Stimmzettel eins aufs Maul bekommen. Neben dieser moralischen Niederlage muß ihnen jetzt in aktivster Weise ein Denkzettel versetzt werden. In allen Betrieben muß, soweit solche Elemente noch sind, anders zugepackt werden, als das bisher der Fall war. Es ist vor bei mit der Uulbung oder mit der sprichwörtlich gewordenen Uebung, daß der Klügere nachgeben muß. Wir verlangen von unseren Mitgliedern, daß sie sich keine Anrennpelung sowie Provokation mehr gefallen lassen. Denn schließlich ist die Meute nur deshalb so frech geworden, weil sie glaubte, daß die organisierte Arbeiterschaft an ihren Ideen verzweifelte und selbst andere Methoden wünscht.

Dieser Irrtum ist nun geklärt. Die denkende Arbeiterschaft hat selbst in der schlimmsten aller Zeiten sich nicht davon abbringen lassen, daß die schrittweise Eroberung der Macht durch die Demokratie in der Politik und der Wirtschaft zwar der langsamere aber der sichere Weg zur Befreiung der Arbeiterklasse ist. Die Millionen Mark von Judasgeldern, die von den Kapitalisten den Hitlerbanden in den Rachen geworfen wurden, müssen auf seiten der organisierten und denkenden Arbeiterschaft den Gedanken der Verstaatlichung aller Schlüssel-Industrien in den Vordergrund drängen. Es kann nicht mehr länger ertragen werden, daß in den Berg-, Hütten- und in den chemischen Industrien den Arbeitern der Lohn gekürzt wird, um den Feinden der Arbeiter ein Schlemmerleben zu gewähren. Der Clique von arbeitsscheuen Pensionisten des ehemaligen kaiserlichen Heeres muß gesagt werden, daß derjenige, der nicht arbeiten will, auch nicht leben soll.

Der tiefere Sinn, daß nur die Arbeit uns retten kann, ist und bleibt die Grundlage jeder Menschheitsentwicklung. Nicht wie 1924, wo die Arbeit nur der Kapitalistenklasse Gewinn brachte, darf diese Synthese aufgefaßt werden. Nur wer auf dem festen Boden der wirtschaftlichen Erkenntnisse seinen Zukunftsglauben aufbaut, die Zusammenhänge zwischen Kapitalismus und Ausbeutertum kennt, wird zum Beherrscher seines eigenen Ichs und zum großen Kämpfer für die neue Zeit werden.

Diese neue Zeit bricht an! Die größte Weltrevolution, der Weltkrieg, hat Altes gestürzt und ins Wanken gebracht. Der hochgepöppelte Papierkapitalismus der Welt kracht in allen Fugen und Ecken. Selbst den goldschweren französischen und amerikanischen Kapitalismus wollen die Füße nicht mehr tragen.

Es wankt der Boden überall. In dieser Zeit geht es selbstverständlich auch den Arbeitern nicht gut. Alles wirkt auf ihn ein. Die kapitalistischen Weltverbrecher wälzen alles auf ihn ab. Die kapitalistisch korrumpierte Pressemeute wird losgelassen. Mit Silberlingen gekaufte Judasse werden ausgesandt, den Arbeitern Sand in die Augen zu streuen. In diesem Wirrwarr den Kopf nicht zu verlieren, das ist das größte Kunststück der gehetzten Massen, die mit voller Berechnung seitens der schwerindustriellen Wirtschaftsführer dem Hungertod ausgeliefert werden sollen. Die deutschen Kapitalisten wollen wahr machen, was die kapitalistische französische Ausbeutersippe ausgesprochen hat, daß 20 Millionen Deutsche zuviel auf der Welt sind. Wenn die deutsche kapitalistische Gesellschaft nicht viele Milliarden Mark Vermögen ins Ausland verschoben hätte auf 5 bis 10 Jahre auf den Uebergewinn verzichtet wollte, statt der 48stündigen Arbeitszeit die 36stündige Arbeitszeit eingeführt, statt der Direktorengehälter von Hunderttausenden von Mark einen Durchschnittslohn bezahlte, der ein geordnetes Auskommen ermöglicht, statt der 50 000 durch die Syndikate gebundenen Preisartikel Löhne und Preise in Einklang gebracht und die Doppelverdiener beseitigt würden, hätten 5 Millionen Arbeitslose wieder Arbeit. Das kann und muß werden, wenn die Arbeiterschaft nicht den Phrasendreschern von links und rechts nachläuft, sondern in geschlossener Front den Willen zur Macht beweist. Hin in jede Versammlung und geopfert die paar Stunden freie Zeit! Das ist unbedingt Pflicht aller Mitglieder! Die ändern müssen den dröhnenden Schritt der Arbeiterbataillone hören, sehen und fühlen, dann ist die Zeit für uns und der Sieg gegen die Reaktion unser. Trotz alledem!

Wird der „Preisabbau“ abgestoppt?

Drohende Versandung der Preisabbauaktion.

Die Berliner Industrie- und Handelskammer hat der Reichsregierung einen Beschluß übermittelt, nach dem die Einstellung jeder weiteren Preisenkung gefordert wird. Sie beklagt sich darüber, daß sich der ganze Preisatbaurummel über mehrere Monate ausdehnt und dadurch die Volkswirtschaft beträchtlich gelähmt würde, wodurch sich wiederum eine weitere Produktionsschrumpfung ergebe. Durch den Preisabbaurummel hätten sich die Konsumenten

vorbehalten, zu einem späteren Termin ihren Bedarf bei billigeren Preisen zu decken, wodurch die gesamte Gütererzeugung gefährdet sei. Deshalb verlangt die Berliner Industrie- und Handelskammer, daß dort, wo ein Preisabbau noch nicht eingetreten ist, dieser schnellstens erreicht und die ganze Aktion abgeblasen wird. Die Reichsregierung ihrerseits hat auf den Beschluß der Berliner Industrie- und Handelskammer wie folgt geantwortet:

„Die Reichsregierung stimmt grundsätzlich mit der Auffassung der Industrie- und Handelskammer überein, wie sie in dem Schreiben zum Ausdruck kommt. Sie ist bemüht, diesem Standpunkte Rechnung zu tragen.“

Damit geht eine, mit viel Tamtam aufgezugene, bis heute aber unwirksam gebliebene Aktion langsam zu Grabe. Nach den neuesten Berechnungen hat der Preisabbau einen Rückgang von 5 Proz. aufzuweisen, während nach amtlichen Ermittlungen und nach der amtlichen Tariflohnstatistik vom 1. Januar 1932, gemessen an den Löhnen vom 1. Dezember 1931, eine Lohnschrumpfung im Durchschnitt von 9,6 Proz. eingetreten ist! Im einzelnen betrug die Lohnsenkung für Facharbeiter 9,1 Proz., für angelernte Arbeiter 10,2 Proz., für Hilfsarbeiter 9,3 Proz., für weibliche Fach- und angelernte Arbeiter 11,4 Proz., für Hilfsarbeiterinnen 11,3 Proz.

Diese Zahlen sind in ihrer Auswirkung mehr wie grausam. Sie zeigen, mit welcher Brutalität in die Löhne der Arbeiterschaft eingegriffen wurde, ohne daß auf der anderen Seite auch nur annähernd der nötige Ausgleich durch den Preisabbau geschaffen wurde. Es kann gar keinem Zweifel unterliegen, daß durch die Notverordnungspraxis der Reichsregierung und ihrem Preisabbaurummel die Existenz der Arbeiterschaft nur noch schlimmer und furchtbarer geworden ist. Die Auswirkungen sind aber in Wirklichkeit noch viel schlimmer, als es die Zahlen zum Ausdruck bringen, denn die Lohnsenkung trat zu einem festgelegten Termin in Kraft, während nach monatelanger Arbeit des Preiskommissars noch immer keine fühlbare Entlastung der Verbraucher eingetreten ist. Um diese Summe im Ausfall der Kaufkraft ist die Arbeiterschaft glatt betrogen worden und die werteschaffende Industrie geschädigt! Dieses Fiasko haben die Gewerkschaften vorausgesagt und der Wirtschaftsbeirat, der die Regierung beraten half, hat es neben ihr selbst auf dem Gewissen!

Es fehlt nur noch, daß die Reichsregierung nach der Forderung der Berliner Industrie- und Handelskammer den bisher vollständig ungenügenden Preisabbau abbläst, und es ist dann ein unzuübertreffender Wirtschafts-anarchismus geschaffen. Warum macht die Regierung und der Preisüberwachungskommissar nicht endlich von einem gewaltsamen Preisabbau Gebrauch? Weil sie zu unfähig sind, denn hier werden Kapitalisten- und Profitinteressen am empfindlichsten getroffen, die heilig und unantastbar sind! Unglaublicherweise ist die Reichsregierung gegenüber des weiteren Absatzrückganges, der Betriebsstillegungen und der unerhörten Zunahme der Arbeitslosigkeit untätig. Die Notverordnungs-politik bringt uns immer weiter in den Strudel des Wirtschaftsverfalles, und dazu trug der bisher un-durchgeführte Preisabbau und der tatsächlich durchgeführte Lohnschnitt wesentlich bei!

Rückzahlung zu Unrecht gezahlter Alu

Es sind in der Praxis die Fälle nicht selten, in denen einem Arbeitslosen die Arbeitslosenunterstützung zu Unrecht gezahlt worden ist. Es kann dies dadurch vorkommen, daß sich das Arbeitsamt irrt, oder daß es von falschen Voraussetzungen ausgeht. Derartige Irrtümer sind gerade heute nicht selten, da ja die Berechnung der Unterstützung durch die verschiedenartigsten Bestimmungen und Notverordnungen fast eine Kunst geworden ist. Für den Arbeitslosen taucht dann die Frage auf, ob er die zu Unrecht oder fälschlicherweise erhaltene Unterstützung zurückzahlen hat oder nicht. Antwort auf diese Frage gibt der § 177 des Arbeitslosenversicherungsgesetzes. In diesem heißt es:

„Die Arbeitslosenunterstützung ist von Amts wegen zu entziehen, sobald die Voraussetzungen zum Bezüge nicht mehr vorliegen oder sich herausgestellt hat, daß sie schon bisher nicht vorliegen haben. Im letzteren Falle ist gleichzeitig festzustellen, ob und inwieweit der Unterstützungsempfänger Beträge, die er zu Unrecht erhalten hat, zu erstatten hat. Von einer Erstattung ist abzusehen, wenn die Unterstützung deshalb bewilligt worden war, weil die Stelle, die sie bewilligt hat, sich in einem Rechtsirrtum über eine Voraussetzung der Unterstützung befunden hat.“

Ein zweiter Absatz des Paragraphen bestimmt, daß die entzogene Unterstützung nur dann wieder gewährt werden darf, wenn sie von dem Versicherten erneut beantragt worden ist und die zur Entscheidung zuständige Stelle festgestellt hat, daß die Voraussetzungen zum Bezüge wieder vorliegen.

Der Paragraph bestimmt also, daß das Arbeitsamt bei einem Entzug der Unterstützung feststellen muß,

ob und inwieweit der Unterstützungsempfänger die Beträge, die er zu Unrecht erhalten hat, zurückzahlen muß oder nicht. Die Frage ist demnach in das Ermessen des Arbeitsamts und seiner Organe gestellt. Es heißt im Gesetz jedoch ausdrücklich, daß von einer Erstattung dann abzusehen ist, wenn die Unterstützung auf Grund eines Rechtsirrtums des Arbeitsamts gezahlt worden ist. In der Begründung zu dem Paragraphen heißt es:

„Der Entwurf entscheidet weiter die Frage, ob in dem vorgenannten Falle der Al. die zu Unrecht erhaltenen Beträge zu erstatten hat. Für eine Bejahung dieser Frage spricht der allgemeine Rechtsgrundsatz, daß Leistungen, die ohne rechtlichen Grund erlangt sind, zurückgewährt werden müssen. Auf der anderen Seite erscheint es jedoch unbillig und mit dem sozialen Zweck dieses

zogenen Beträge, insbesondere der § 177, Abs. 1, Satz 3, keine Anwendung.“

Es heißt dies in verständlicherer Form, daß in solchen Fällen von einer Rückforderung der zu Unrecht erhaltenen Unterstützung nicht abgesehen werden kann. In einer neuen Entscheidung vom 13. November 1931 hat das Reichsversicherungsamt folgenden Rechtsgrundsatz aufgestellt:

„Hat der Vorsitzende des Arbeitsamts bei Bewilligung der Arbeitslosenunterstützung angenommen, daß der Arbeitgeber des Antragstellers 26 Beschäftigungswochen nachgewiesen habe, während diese Zeit tatsächlich nicht bescheinigt war, so liegt dann kein Rechtsirrtum im Sinne des § 177 vor.“

Also auch in diesem Falle hat das Gericht das Vorliegen eines Rechtsirrtums verneint. Dies hat zur Folge, daß auch hier die Unterstützung zurückgezahlt werden muß. Diese beiden Entscheidungen sprechen demnach nicht zugunsten der Versicherten. Aus der Begründung zu der letztgenannten Entscheidung sind folgende Ausführungen über den Begriff des „Rechtsirrtums“ (bei dessen Vorliegen die Unterstützung nicht zurückgezahlt werden soll) bemerkenswert:

„Ein Rechtsirrtum liegt dann vor, wenn der bewilligenden Stelle ein Irrtum bei der Auslegung oder Anwendung von Rechtsnormen unterlaufen ist. Dem Rechtsirrtum steht gegenüber der Irrtum über Tatsachen, der die Erstattungspflicht des Arbeitslosen grundsätzlich nicht ausschließt. Ein solcher tatsächlicher Irrtum liegt vor, wenn sich das Arbeitsamt bei Anwendung der objektiven Rechtsnorm auf den Einzelfall in dem Vorhandensein oder dem Fehlen einzelner tatsächlicher Anspruchsvoraussetzungen irrt, wenn es also, wie in dem vorliegenden Falle, davon ausgegangen ist, daß der Versicherte 26 Wochen in versicherungspflichtiger Beschäftigung gestanden hat, während die Beschäftigung tatsächlich nur 24 Wochen gedauert hat.“

Kl—s.

Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit in unseren Berufen im Februar 1932

Der Arbeitsmarkt hat im Februar noch keine Entlastung erfahren. Kein Wunder, daß sich diese Massenarbeitslosigkeit auch immer schärfer auf die Berufe der Nahrungsmittel- und Getränkeindustrien auswirkt. In sämtlichen Berufen unseres Verbandes haben wir im Februar eine weitere Zunahme der Arbeitslosigkeit festzustellen; bei der Kurzarbeit ist ein ganz geringer Rückgang zu verzeichnen. Die Zahl der Arbeitslosen und Kurzarbeiter unter den Mitgliedern unseres Verbandes verteilte sich im Februar gegenüber dem Vormonat wie folgt:

Industriegruppe	Arbeitslos		Kurzarbeit	
	Januar 1932	Februar 1932	Januar 1932	Februar 1932
Getränkeindustrie ..	12 580	13 395	42 961	41 851
Süßwarenindustrie ..	5 713	5 862	7 719	7 369
Bäcker u. Konditoren.	6 621	6 861	2 583	2 626
Fleischer	4 526	4 693	2 892	2 957
Müller	2 442	2 479	1 736	1 602
Böttcher u. Weinküfer	2 881	2 927	1 464	1 480
Insgesamt	34 763	36 217	59 355	57 885

Ein ganz besonders trübes Bild zeigt der Arbeitsmarkt in den handwerklichen Berufen. Im Bäcker- und Konditorgewerbe waren im Laufe des Januar (für Februar liegen die Feststellungen noch nicht vor) nicht weniger als 55 864 Arbeitssuchende in den Arbeitsnachweislisten eingetragen! Am Schlusse des Monats waren 49 678 Arbeitslose vorhanden. Es ergibt sich hier eine Andrangziffer (Arbeitsgesuche auf je 100 offene Stellen) von 4160! Diese hohe Andrangziffer ist aus der großen Zahl der eingetragenen Arbeitsgesuche bei nur 1343 offenen Stellen und 1282 Vermittlungen zu erklären. Hinzu kommt, daß insbesondere die Kleinbetriebe immer noch Einstellungen „unter der Hand“, also unter Umgehung der Arbeitsnachweise vornehmen. — Im Fleischergewerbe betrug die Zahl der eingetragenen Arbeitsgesuche im Laufe des Monats 28 442; Arbeitslose am Schlusse des Monats 24 770; hier entfielen auf je 100 offene Stellen 2588 Arbeitsgesuche; offene Stellen 1099, Vermittlungen 1070.

Es kriselt im gelben Bäckerbund

Durch das Anwachsen der Nazibewegung ist dem gelben meistertreuen Bäckerbund eine starke Konkurrenz entstanden. Wir erhalten dazu näheren Bericht eines im meistertreuen Bund gut informierten Mitgliedes.

Die engere Verbindung mit den Vereinigungen der Bäckermeistersöhne hat sich in letzter Zeit stark gelockert. Die Bäckermeistersöhne sind fast 100prozentig Anhänger der Nazis, wovon ein beträchtlicher Teil in den SA.- und SS.-Abteilungen tätig ist. Von den Nazimeistersöhnen wird wiederum ein scharfer Druck auf die jüngeren Gesellen im Betriebe oder in den Gehilfenvereinen ausgeübt. Die Bäckermeister

40 Jahre Treue zum Verband



Johann Sitberger
Brauereiarbeiter, Berlin
Eingetr. 7. 12. 1886, jetzt Invalide

Wilhelm Breul
Böttcher, Hamburg
Eingetr. 24. 6. 1888, jetzt Invalide

Josef Kählinger
Böttcher, Bries
Eingetreten 1. 4. 1890



Adolf Gneuß
Küfer, Mainz
Eingetreten 20. 9. 1891

Gerhard Kohl
Küfer, Essen
Eingetreten 19. 1. 1890

Karl Kohler
Brauereiarbeiter, Frankfurt a. M.
Eingetreten 10. 7. 1891

Gesetzes nicht vereinbar, die Erstattung zwingen auch in den Fällen vorzuschreiben, in denen ein Verschulden des Unterstützungsempfängers nicht vorliegt. Indem der Entwurf die Entscheidung in das pflichtgemäße Ermessen der Spruchbehörden stellt, trägt er beiden Gesichtspunkten Rechnung. Die Sonderbestimmung für die Fälle, in denen die Unterstützung wegen eines Rechtsirrtums der Spruchbehörde zu Unrecht gezahlt worden ist, rechtfertigt sich aus dem Gedanken, daß in solchen Fällen der Al. mit besonders gutem Grunde annehmen durfte, zum Empfang und somit auch zum Verbräuche der Unterstützung berechtigt zu sein. Die Rückforderung erschiene dann besonders unbillig.“

Diese amtliche Begründung sagt zur Genüge, wie der Gesetzgeber die Bestimmung angewendet wissen will. Dennoch gibt es in der Praxis immer wieder Zweifel und Meinungsverschiedenheiten über die Anwendung dieser Rückerstattungspflicht. Immer wieder muß sich das Reichsversicherungsamt mit Streitfällen in dieser Frage beschäftigen. So hat es unterm 16. Januar 1931 folgende Entscheidung gefällt:

„Wird die Arbeitslosenunterstützung über den in dem Bewilligungsbescheid des Vorsitzenden des Arbeitsamts vorgesehenen Zeitpunkt hinaus aus Versehen weitergezahlt, so bedeutet die Einstellung der Zahlung keine Entziehung der Arbeitslosenunterstützung im Sinne des § 177. Daher findet auch die Rückforderung der zu Unrecht be-

sehen nicht nur diesem Treiben wohlwollend zu, sie begünstigen es auch durch finanzielle Unterstützung an die Nazis und helfen mit sanftem Nachdruck ihre Lehrlinge und Gehilfen in die Nazibewegung hineintreiben. Dadurch hat der gelbe Bund seinen Anhang mächtig in den Gehilfenvereinskreisen verloren. Die Bezahlung der Bundesbeiträge geht außerordentlich kärglich ein. Für das gelbe Bundesblättchen interessiert sich fast niemand mehr. Nazizeitungen und Naziflugblätter finden bei den meistertreuen Gehilfen große Beachtung.

Es ist sogar in letzter Zeit wiederholt vorgekommen, daß von den Nazis gegen den gelben Bund schwere Angriffe erhoben wurden. Den Gelben wird vorgeworfen, sie seien nicht in der Lage, die Lehrlinge und Gehilfen vor der Ausbeutung der Unternehmer zu schützen und durch ihr meistertreues Auftreten hindern sie die Gehilfenschaft, an der Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage mitzuwirken. Prominente Personen, die früher Hauptprotokollanten des gelben Bundes waren, bewegen sich heute im Nazilager und bekämpfen von dort aus die Meistertreuen.

In der Bundeszentrale wurden verschiedene Maßnahmen beschlossen, um der Fahnenflucht der Gehilfenvereine aus dem gelben Lager entgegenzutreten. Auch beschäftigte sich wiederholt die gelbe Bundeszentrale mit Sparmaßnahmen, weil die eingehenden Gelder für Mitgliedsbeiträge nicht mehr ausreichen, um die laufenden Ausgaben decken zu können. Erst kürzlich wurde in einer Sitzung des geschäftsführenden Vorstandes des Bundes in längerer Beratung zu den Beitragsrückständen in den Ortsgruppen Stellung genommen, sowie ein von der Hauptleitung vorgelegtes Sparprogramm angenommen.

Bezeichnend ist, daß die Bäckermeisterinnungen, die in früheren Jahren den Gelben recht viele Spenden überwiesen haben, sich heute sehr zurückgeknöpft verhalten.

Diese Mitteilung ist nicht mehr neu. Es ist uns längst bekannt, daß der meistertreue Bund auf dem letzten Loch pfeift und wenn die Naziseuche weiterhin grassieren wird, dann kann recht bald dem gelben Bund die Luft ausgehen.

Ein Dolchstoß?

Oberbayerische Brauereien gegen Biersteuersenkung?

Es ist kein Scherz. Im Bericht über die Tätigkeit des Vereins der Brauereien des bayerischen Oberlandes, der in Nummer 64 der „Allgemeinen Brauer- und Hopfenzeitung“ abgedruckt ist, findet sich folgender Satz: „Die Schlußfolgerung kann also nur lauten: Der Kampf gegen den Abbau der überhöhten Biersteuern muß jetzt erst recht mit allen Mitteln weitergeführt werden.“

Natürlich ist es der Setzerlehrling, der die bayerischen Brauereien in den Verdacht bringt, Gegner der Biersteuersenkung zu sein. Wo bleibt aber der Redakteur und wo die Leser, damit dieser Unsinn berichtigt wird?

Verständigung oder Hass?

Die Arbeiterschaft muß einig sein!

In jüngster Zeit versuchen die Spitzenverbände der Gewerkschaften, eine Einigung der Arbeiterschaft herbeizuführen. Es wurde sogar angedeutet, daß das auch über die politischen Parteien hinweg geschehen müßte. Es ist erfreulich, daß auch Kollege Leipart sich ernstlich an dieser Diskussion beteiligt hat. Durch die weitgehende Toleranz in den drei Hauptfragen hat er das Tor zur Verständigung geöffnet.

Die erste Frage behandelt die Einstellung zur Politik und ist wohl zugleich die schwerwiegendste. Jeder Kollege weiß, daß bisher gerade entgegen den vom Kollegen Leipart jetzt gegebenen Richtlinien gehandelt wurde. Es ist jetzt die Aufgabe der fähigsten Kollegen, mit kluger Taktik nach diesen Richtlinien zu handeln, andernfalls sonst gerade das Gegenteil von dem erreicht wird, was man erreichen will. Die zweite Frage, Einstellung zur Religion, ist schon leichter zu lösen, da sie durch die wirtschaftliche Not zur Zeit von selbst in den Hintergrund gedrängt wird. In ruhigeren Zeiten ist aber auch diese Frage, weil seelischer Natur, auf besondere Art zu behandeln. Die dritte Frage behandelt die Einstellung der Gewerkschaftsbewegung zum Staat und der Wirtschaft. Diese Materie erfordert wiederum die elementarsten Kenntnisse vom Aufbau des Staates und Führung der Wirtschaft. Nur ein Beispiel hierzu: Wir sehen heute, wie sich die zwei größten Exportländer, England und Amerika, zum Schutze ihrer Wirtschaft und zur Eindämmung der Arbeitslosigkeit mit unübersteigbaren Zollmauern umgeben. Wir sind für Freihandel, er muß aber auf Gegenseitigkeit beruhen. Durch diese Maßnahmen aber wird der Staat in seinem Bestande bedroht, und sie zwingen in dieses Problem noch tiefer einzudringen. Alles drängt zu einer klaren Entscheidung. Es gibt nur zwei Wege, entweder wir bejahren den Staat, dann haben wir die Pflicht, alle Mittel anzuwenden, um ihn lebensfähig zu erhalten, oder wir verzichten darauf, ein selbständiger Staat zu sein und sinken zu einer Sklavenkolonie herab.

Wenn heute alle Anstrengungen gemacht werden, um über die Gewerkschaften zu einer Einigung der Arbeiterschaft zu kommen, soll damit aber nicht gesagt sein, daß die Versuche, zu einer Einigung der politischen Parteien zu kommen, nun eingestellt werden müßten. Im Gegenteil, in der größten Zeit der Not, in der wir leben, muß es möglich sein, wenigstens zu einem Burgfrieden zu kommen. Heute sind die sozialen Errungenschaften der Arbeiterschaft ernstlich bedroht. Ein großer Teil der politischen Führer hat sie mit schaffen helfen, sie sind daher auch verpflichtet, sie zu verteidigen. Der Sozialdemokratie als der stärksten Partei der Arbeiterschaft fällt die Pflicht zu, der kommunistischen, als der zahlenmäßig schwächeren, die Bruderhand zu reichen. Wird diese abgewiesen, dann fällt die ganze Verantwortung auf diese Partei zurück. Kommt dann auch der angestrebte gewerkschaftliche Block nicht zustande, dann sind die Errungenschaften eines halben Jahrhunderts verloren.

Die Arbeiterschaft sinkt dann in einen Abgrund des Elends, gegen das die Leibeigenschaft unserer Vorfahren noch ein Paradies gewesen ist.

Reichsopfer- und Werbetag für Jugendherbergen

Der Reichsverband für deutsche Jugendherbergen hat seit seinem Bestehen ein gutes Werk geschaffen, nämlich ein dichtes Netz einfacher und guter Jugendherbergen in allen Gegenden des Reiches. Oftmals hatten unsere wandernden jungen Mitglieder Gelegenheit, in diesen Herbergen gute und billige Verpflegung und Uebernachtung zu finden. Unser Verband ist als Mitglied dem Reichsverband für deutsche Jugendherbergen angeschlossen.

Wir haben selbstverständlich großes Interesse daran, daß diese gemeinnützige Einrichtung auch während der großen Wirtschaftskrise erhalten bleibt. Vom Reichsverband wird am 16. und 17. April ein Reichsnotopfer — und Werbetag für Jugendherbergen durchgeführt. Dadurch soll ein größerer Betrag zur finanziellen Unterstützung der Jugendherbergen aufgebracht werden. Unsere Mitglieder werden sich ebenfalls daran beteiligen und nach ihren Kräften ihr Scherlein dazu beitragen. Wenn in weiten Kreisen dazu aufgefordert wird, so erwarten wir ein gutes Ergebnis von dieser Veranstaltung.

Bekanntmachungen des Vorstandes

Ausschlüsse: Auf Antrag der Ortsgruppe Grabow in Mecklenburg wird Heinrich Kleinfeld, Müller, geboren in Grabow i. M., Buchnummer 47952, wegen Verbandsschädigung ausgeschlossen.

Auf Antrag der Ortsgruppe Kaiserslautern wird Philipp Reiß, geboren am 9. Mai 1879 in Kaiserslautern, Buchnummer 249398, wegen Verbandsschädigung ausgeschlossen.

Auf Antrag der Ortsgruppe Nürnberg werden Karl Hofmann, Metzger, geb. 21. Januar 1891 in Nürnberg, Buchnummer 16972; Hans Reichert, Metzger geb. 10. Januar 1892 in Weidenbach, Buchnummer 17087; Adam Satzinger, Metzger, geb. am 20. Juli 1901 in Nürnberg, Buchnummer 17090; Fritz Deinzer, Metzger, geb. 13. Januar 1875 in Kulmbach, Buchnummer 16939, wegen Verbandsschädigung ausgeschlossen.

Der Verbandsvorstand.

Eingänge bei der Hauptkasse

Vom 11. bis 17. März 1932.

Postcheckkonto der Hauptkasse: Berlin 12079, Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter — Hauptverwaltung G. m. b. H., Berlin NW 40.

Ortsgruppen:

Bremen 2031,94, 2012,27, Breslau 2426,56, 2375,55, Dessau 961,00, 961,00, Düsseldorf 1212,73, Frankfurt/Main 3480,90, 3271,14, Magdeburg 2456,19, 2455,78, München 4153,47, 4216,64, D-nzig 64,28, Hof 1000,00, Oldenburg 28,05, Viersen 500,00, Würzburg 58,28, Dortmund 104,26, Bielefeld 79,96, Offenbach 300,00, Fürstenberg 100,00, Solingen 26,61, Breg 300,00, Köln 68,64, Düsseldorf 1387,83, Berlin 14,95, Frankfurt/M 151,48, Delitzsch 110,00, Konstanz 100,00, Stuttgart 2709,42, Düsseldorf 97,10, Jever-Heidmühle 100,00, Riesa 650,00, Zwickau 28,32.

Sonstiges:

Berlin 38,72, 137,20, Krumbach 45,00, Berlin 63,32, 5467,60, Offenbach 19,05.

Korrespondenzen

Ansbach. Die nunmehr im Nazilager befindliche Bäckergesellenbruderschaft hatte ihr 10jähriges Jubiläum unter Assistenz bewährter Nazileute gefeiert. Von dem Vertreter der Bäckermeister-Innung und einem Gewerbeoberlehrer wurden die Festreden bestritten. Natürlich war die Aufmachung unter den Klängen der SA-Sturmabteilung eine echt meistertreue. Solange diese Freundschaft der Bäckergesellen mit den Unternehmern anhält, brauchen letztere nicht zu befürchten, daß die Gesellen Rechte fordern werden. Das innige Hand-in-Hand-Arbeiten mit der Innung wird den gewerkschaftlichen Gedanken nicht aufkommen lassen. Die Gehilfenschaft wird weiterhin sich als treuer Schleppenträger der Innung bewähren und geduldig ihr Joch bei schlechtem Lohn und Arbeitsbedingungen tragen.

Berlin. (Nazis auf der Flucht!) In dem EFHA-Werk ist mit Unterstützung des Betriebsratsvorsitzenden E. Güntheroth eine Nazizelle mit 15 Mann

gebildet worden, von der über 400 Beschäftigten bestehenden Belegschaft. G. wurde kürzlich als Nazi entlarvt. Vor Jahresfrist stand dieser Konjunkturpolitiker auf der Liste der RGO. Bei der Neuwahl reichte G. eine Liste der „Nationalen Sozialisten“ ein.

Eine am 10. März überfüllte Betriebsversammlung beschäftigte sich mit G. Durch Verschleppung von Verhandlungen über Herabsetzung der Frühstückswurstpreise und des Wäschegeldes hat G. die Belegschaft um 3000 Mk. geschädigt. Als er freigewerkschaftlichen Diskussionsrednern nicht das Wort erteilen wollte, erzwang die Versammlung gegen 2 Stimmen seinen Abgang und den Vorsitz mußte er an den 2. Vorsitzenden des Betriebsrates abtreten. Der tapfere Nazi forderte nun seine Pg's. und Sympathisierende auf, mit ihm den Saal zu verlassen. Nur der besonnenen Haltung der freigewerkschaftlichen Funktionäre ist es zu verdanken, daß diesem Maulheld nicht eine gehörige Abreibung erteilt wurde.

Die Beschäftigten der EFHA-Werke haben es verstanden mit dem Spuk der RGO. sehr schnell aufzuräumen. Es wird ihnen ebenso schnell gelingen, die Nazizelle zu Grabe zu tragen.

Unsere Angestellten Max Barth, Kassierer der Ortsgruppe, und Karl Hetzschold, Gauleiter von Brandenburg-Pommern, begehen ihren 60. Geburtstag. Kollege Barth am 18. März und Kollege Hetzschold am 1. April. Unsere Freunde sind in der Geschichte der Berliner Bäcker- und Konditorenbewegung seit ihrer Jugend unermüdet an dem Ausbau der gewerkschaftlichen Organisation tätig. Als Führer der Bäcker- und Konditorengehilfen haben sie sich im Reiche einen Ehrenplatz gesichert. Seitdem die Organisation ihre Macht mit Erfolg gegen das Unternehmertum anwenden konnte, finden wir unsere Freunde in innigster Kameradschaft an führender Stelle. Trotz der gewaltigen geleisteten Arbeiten und des immensen Nervenverbrauchs kann die erfreuliche Tatsache verzeichnet werden, daß sie sich ihr jugendliches Feuer bewahrt haben.

Wir wünschen unseren Freunden noch viele Jahre geistiger und körperlicher Rüstigkeit und ihre wertvolle Mitarbeit bei den bevorstehenden Entscheidungskämpfen mit dem Kapitalismus.

Göttingen. Die Ortsgruppe feierte am 12. März ihr 25jähriges Bestehen. Gleichzeitig konnten 24 Jubilare geehrt werden. Kollege Thauer hielt die Festansprache. In der Ecke Südhannover konnte unser Verband erst später Fuß fassen als in der benachbarten Großstadt Hannover. In den Städten Göttingen, Einbeck gab es wohl schon Anfang dieses Jahrhunderts einzelne Mitglieder, die sich aber nicht lange halten konnten. Dafür sorgten damals die Unternehmer. Unserem Kollegen Fritz Ruf war es in den Jahren 1906 bis 1907 durch intensive Agitation in Einbeck und Göttingen gelungen, Zahlstellen zu errichten. Es wurden Tarifverträge abgeschlossen. In Göttingen kam es deshalb zu einem dreiwöchigen Streik, der mit vollem Erfolg durchgeführt worden ist. Die 24 Jubilare, die seit der Gründung der Ortsgruppe die guten und schlechten Zeiten mitgemacht haben, haben leuchtenden Auges die Worte, die Kollege Fritz Ruf in einem Schreiben an seine damaligen Mitkämpfer richtete, entgegengenommen. Es liegt jetzt an den jungen Kollegen, das Werk der Alten weiterzuführen.

Gewerkschaftliche Rundschau

Paul Umbreit. Bei Fertigstellung der „Einigkeit“ geht uns die Mitteilung zu, daß der langjährige Redakteur der „Gewerkschafts-Zeitung“ und Vorstandsmitglied des ADGB, Paul Umbreit nach kurzer Krankheit am 21. März gestorben ist. Die großen überragenden Verdienste, die sich der Verstorbene durch seine von großem Wissen und immensem Fleiß geleisteten Arbeiten um die deutsche und internationale Arbeiterschaft erworben hat, werden wir ausführlich in der nächsten Ausgabe würdigen.

Sozial- und Wirtschaftspolitik

Das Konjunkturforschungsinstitut zur Wirtschaftslage. Der Bericht, den das Konjunkturforschungsinstitut in dem eben erschienenen „Vierteljahrsheft zur Konjunkturforschung“ über die Wirtschaftslage gibt, sowie die darauf gestützten Voraussagen für die wirtschaftliche Entwicklung, sind alles andere als hoffnungserweckend. Hinsichtlich der Weltkonjunktur stellt das Institut fest, daß die Abkapselung der Volkswirtschaften im Kampf um ihre Währung und ihren Binnenmarkt das Geflecht internationaler Handels- und Verkehrsbeziehungen in den letzten Monaten im starken Umfang zerstört hat. Der Welthandelsumsatz ist demzufolge erneut stark zurückgegangen.

Von Deutschland wird berichtet, daß die Wirtschaftsschrumpfung weiter anhält, und daß Preise, Produktion und Umsatz weiter nach abwärts gerichtet sind. Von der Gesamtzahl der Arbeiter und Angestellten sind nur noch 70 Proz. beschäftigt. Das Einkommen der Lohn- und Gehaltsempfänger wird für das vierte Vierteljahr auf 7,8 Milliarden Mark geschätzt gegenüber einem Einkommen von über 9,5 Milliarden Mark im gleichen Quartal des vorhergehenden Jahres. Es ist dies ein Rückgang von rund 18 Proz. Im Vergleich zum vierten Quartal 1929 beträgt der Rückgang des Arbeitseinkommens etwa 30 Proz. Aus dem Rückgang des Arbeitseinkommens erklärt sich auch der überaus scharfe Schrumpfungszustand,

der, besonders im vierten Quartal in Erscheinung trat: Das im dritten und vierten Quartal übliche Ansteigen der Umsatzkurve ist erstmalig seit der Stabilisierung ausgefallen. Insgesamt betrachtet zeigt der Bericht des Konjunkturforschungsinstituts, daß die Kaufkrafttheorie der Gewerkschaften in allen Einzelheiten richtig ist. Nicht Lohnabbau, sondern nur Vergrößerung des Arbeitseinkommens können uns aus der Wirtschaftskrise befreien.

Der deutsche Außenhandel im Februar. Die Erschwerungen, die in zahlreichen Staaten auf handelspolitischem Gebiet durchgeführt wurden und den Welthandel schwer beeinträchtigten, haben sich auch auf den deutschen Außenhandel ausgewirkt. Erfreulicherweise hat sich der starke Rückgang der deutschen Ausfuhr im Februar nicht fortgesetzt. Wertmäßig ist er ebenso hoch wie im Vormonat, mengenmäßig ist er sogar gestiegen. Insgesamt wurden für 527 Millionen Mark Waren ausgeführt. Davon entfallen auf die Fertigwarenausfuhr 423 Millionen Mark mehr als im Vormonat. Rohstoffe wurden für 96,7 Millionen und Lebensmittel für 15,6 Millionen Mark ausgeführt.

Die Einfuhr ist im Berichtsmonat gegenüber dem Monat vorher um 16 Millionen Mark auf 441 Millionen Mark gestiegen. An der Zunahme der Einfuhr sind überwiegend die Rohstoffe beteiligt, deren Höhe um rund 9 Millionen Mark auf 229,9 Millionen Mark gestiegen ist. Die Lebensmitteleinfuhr hat sich wertmäßig um rund 8 Millionen Mark gesenkt. Mengenmäßig dürfte kein Rückgang eingetreten sein, weil der Weltmarktpreis für Lebensmittel um 6 Proz. zurückgegangen ist. An dem Rückgang der Lebensmitteleinfuhr sind in erster Linie Butter und Süßfrüchte beteiligt. Erhöht hat sich die Einfuhr von Fleisch und Speck.

Zunahmen der Spareinlagen. Die Spareinlagen bei den deutschen Sparkassen sind Ende des Monats Januar um 161 Millionen Mark höher gewesen als in der gleichen Zeit des Vormonats. Noch im Monat Dezember überstiegen die Auszahlungen die Einzahlungen um 18,76 Millionen Mark. Die Sparkasseneinlagen insgesamt belaufen sich auf 9,88 Milliarden Mark. Der Ausgang der Wahl wird voraussichtlich bewirken, daß große Teile des im Juli vorigen Jahres abgehobenen Geldes den Sparkassen wieder zugeführt werden.

Zugabeunwesen hört auf. Durch Notverordnung zum Schutze der Wirtschaft wird mit Wirkung vom 10. Juni verboten, im geschäftlichen Verkehr neben einer Ware oder einer Leistung eine Zugabe anzubieten, anzukündigen oder zu gewähren. Auch solche Zugaben unterliegen dem Verbot, für die nur ein geringes, offenbar nur zum Schein verlangtes Entgelt gewährt wird. Von dem Verbot ausgenommen werden lediglich Reklamegegenstände von geringem Wert, die als solche durch eine dauerhafte und deutlich sichtbare Bezeichnung der reklametreibenden Firma gekennzeichnet sind. Erlaubt ist auch die Zugabe von Geld oder von einer bestimmten Menge gleicher Ware. Diese Ausnahmen gelten jedoch nur dann, wenn der die Zugabe gewährende sich erbidet, an Stelle der Zugabe einen festen, von ihm ziffernmäßig zu bezeichnenden Geldbetrag bar auszuzahlen, der nicht geringer als der Einstandspreis der Zugabe sein darf. Bei dem Angebot oder der Ankündigung einer solchen Zugabe ist auf das Recht, an Stelle der Zugabe den Barbetrag zu verlangen, hinzuweisen sowie hinsichtlich jeder Zugabe der für sie zu zahlende Barbetrag anzugeben.

Mit dieser Verordnung wird das Zugabewesen, das den Verbraucher über den wirklichen Wert einer Ware täuschte, weitgehend eingeschränkt werden.

Internationales

Die Internationalen Berufsekretariate und der Internationale Gewerkschaftsbund.

Die Konferenz des Vorstandes des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB.) mit den Internationalen Berufsekretariaten (IBS.), die am 15. März 1932 nach Bern einberufen wurde, sah unter den Verhandlungsgegenständen den Einbau der IBS. in den IGB. vor.

Dazu erhielten wir vom Sekretär der Internationale, Kollegen Schifferstein, eine Zuschrift, der wir entnehmen:

Bezüglich des Aufbaues der IGB. stehen sich in der internationalen Gewerkschaftsbewegung zwei Richtungen gegenüber: Die eine verlangt den Aufbau des IGB. auf den IBS., die andere erklärt den Aufbau des IGB. auf den Landeszentralen für richtig. Vom Bund der freien Gewerkschaften in Oesterreich wird die Auffassung vertreten, vorerst von einem reinen Aufbau des IGB. auf den IBS. Abstand zu nehmen, weil die IBS. noch nicht jenen Grad der organisatorischen Geschlossenheit besitzen, der als Voraussetzung für den Aufbau des IGB. auf den IBS. vorhanden sein muß. Bis zur Erreichung dieser Geschlossenheit der IBS. soll sich der IGB. aus den Landeszentralen und Berufsinternationalen unter Wahrung der Gleichberechtigung zusammensetzen. In grundsätzlicher Beziehung hält der Bund der freien Gewerkschaften Oesterreichs den Aufbau des IGB. auf den IBS. für richtig. Von den übrigen Befürwortern der These: Aufbau des IGB. auf den IBS., wird ein ähnlicher Weg zur Erreichung des Zieles vorgeschlagen. Sie verlangen Erweiterung der Rechte der IBS. im IGB. mit dem Ziel, mit der Zeit den Aufbau des IGB. auf der Basis der IBS. zu erreichen.

Den besseren Einbau der IBS. in den IGB. strebt die Richtung, die die Landeszentrale als die beste Grundlage des Aufbaues des IGB. betrachtet, ebenfalls an, nur ist die Zielsetzung eine andere.

Die Vertreter der gekennzeichneten Richtungen setzen sich nicht aus denen der Landeszentralen einerseits und denen der IBS. andererseits zusammen. Befürworter und Gegner der einen wie der anderen Richtung finden sich sowohl bei den IBS. wie bei den Landeszentralen. Die zur Zeit gültigen Richtlinien für die gegenseitigen Beziehungen zwischen dem IGB. und den IBS., die als Grundlage den Aufbau des IGB. auf den Landeszentralen vorsehen, verdanken ihre klare Formulierung dem internationalen Sekretär der Holzarbeiter-Union, dem Genossen Fritz Tarnow. Führer der anderen Richtung ist Genosse Fimmen, Sekretär der Internationalen Transportarbeiter-Föderation.

Die Auffassung des Genossen Fimmen läßt sich wie folgt zusammenfassen:

Weltwirtschaftlich und weltpolitisch vollzieht sich eine gewaltige Konzentration des Kapitalismus. Erkennungszeichen sind die internationalen Truste und Konzerne. Diese Konzentration wird die Arbeiterschaft zwingen, ihre Kämpfe unter Berücksichtigung der internationalen Wirtschaftslage zu führen. Insbesondere werden es die Arbeiter im Transportgewerbe, im Bergbau, in der Metallindustrie, in der chemischen Industrie und zu einem Teil auch in der Lebensmittelindustrie sein, die aus dem Rahmen der lediglich auf nationalem Boden geführten Kämpfe heraustreten müssen, wenn sie ihre Interessen wirksam verteidigen wollen. Zur Führung von Kämpfen im internationalen Ausmaß einigt sich der IGB. in seinem gegenwärtigen Aufbau der internationalen Gewerkschaftsbewegung auf die IBS.

Genosse Tarnow stellt sich auf folgenden Standpunkt:

Die Konzentration des Kapitalismus ist nicht zu bestreiten. Der Kapitalismus ist jedoch weit davon entfernt, ein einheitliches Gebilde darzustellen. Die zwischen den Kapitalisten der einzelnen Länder bestehenden Gegensätze waren bis dahin die Hauptursache der Kriege, die die Nationen gegeneinander führten. Der Imperialismus ist nationaler Kapitalismus, der sich rücksichtslos gegen die Kapitalisten anderer Länder richtet. So wenig wie zwischen den amerikanischen und europäischen Kapitalisten eine Harmonie besteht, so wenig ist diese zwischen den französischen, englischen und deutschen Kapitalisten vorhanden, noch zwischen dem industriellen, kommerziellen und finanziellen Kapital irgendeines Landes. Es ist richtig, daß die Kapitalisten aller Länder bei bestimmten Arbeiterfragen einheitlich gegen die Arbeiterschaft auftreten. Aber auch hier ist der Erfolg des Widerstandes abhängig von der Kraft, die die in den gewerkschaftlichen Landeszentralen vereinigten Arbeiter zu bieten vermögen.

Bei den bisherigen Tagungen, die der IGB. mit den IBS. hatte, obsiegte immer jene Richtung, die den besseren Einbau der IBS. in den IGB., ohne Aenderung von dessen gegenwärtiger Basis, für die einzig richtige Form des Aufbaues hält. Auf der internationalen Konferenz der IBS. und der gewerkschaftlichen Landeszentralen mit dem Sekretariat des IGB., die im Jahre 1913 in Zürich stattfand, war man der Ansicht, daß die internationale Gewerkschaftsbewegung durch eine engere Verbindung der IBS. mit dem IGB. gefördert werden könnte. Auf dem Kongreß in Rom im Jahre 1922 wurde festgelegt, daß die IBS. nur ausführende Organe sein können. Der Wiener Kongreß des IGB., abgehalten im Jahre 1924, nahm eine Regelung an, die eigentlich der Grundidee des Antrages des Bundes der freien Gewerkschaften in Oesterreich entsprach. Der in Wien aufgenommene Beschluß gab drei Vertretern der IBS. das Recht, an den Verhandlungen des Vorstandes des IGB. mit beschließender Stimme teilzunehmen. Diese Regelung führte nicht zu dem erhofften Ziele. Auf dem Kongreß in Paris im Jahre 1927 mußte festgestellt werden, daß die drei gewählten Vertreter der IBS. durch ihre Einstellung nicht im Interesse der Berufsinternationalen, denen sie angehören, handelten. Durch die Art ihrer Tätigkeit schalteten sich die Vertreter der IBS. im Vorstand des IGB. selbst aus. Das Fehlen der inneren Verbundenheit der IBS. ließ kein anderes Resultat entstehen. Die IBS. waren gezwungen, von sich aus auf eine Wiederwahl ihrer Vertreter in den Vorstand des IGB. zu verzichten.

Die auf dem Kongreß des IGB. in Paris angenommenen Richtlinien über das Verhältnis der IBS. zu dem IGB. haben den Vorteil, daß sie klar das Tätigkeitsgebiet des IBS. wie das des IGB. umschreiben und jenes Gebiet, auf dem die Instanzen der internationalen Gewerkschaftsbewegung gemeinsam zu wirken haben.

Der Kongreß des IGB. im Jahre 1930 in Stockholm hat den Einbau der IBS. in den IGB. noch fester gefügt. Die nunmehr gültigen Richtlinien über das gegenseitige Verhältnis lassen den IBS. in ihren eigenen Angelegenheiten volle Autonomie, scheiden dabei aber ein eigenmächtiges Handeln bei all jenen internationalen Gewerkschaftsfragen aus, die über den Rahmen der internationalen Berufsbewegung hinausgehen. In diesen Fragen ist der IGB. die verbindlich entscheidende Instanz; den IBS. ist das Recht zugesichert, sich an den Beratungen, die die allgemeinen Probleme der internationalen Gewerkschaftsbewegung betreffen, zu beteiligen. Die Richtlinien seiner auch Bedingungen für die Aufnahme von Verbänden durch die IBS. vor. Einem internationalen Berufsekretariat können nur Organisationen angehören, die ihrer Landeszentrale angeschlossen sind, wobei als Voraussetzung gilt, daß die Landeszentrale Mitglied des IGB. ist.

Durch die Beschlüsse des V. Internationalen Gewerkschaftskongresses in Stockholm ist nunmehr auch ein einheitliches Zusammenwirken aller in der freien Gewerkschaftsbewegung auf internationalen Gebieten wirkenden Kräfte unter Leitung des IGB. gegenüber dem Internationalen Arbeitsamt und dem Völkerbund erreicht worden.

Den Berufsinternationalen steht unter den gegebenen Verhältnissen ein großes Tätigkeitsgebiet offen. Die IBS. sind ein wichtiges Instrument des proletarischen Internationalismus geworden. Sie sind Hüterinnen der sozialpolitischen Errungenschaften geworden und bilden, getragen von dem Vertrauen ihrer Mitglieder, in der Zusammenarbeit mit dem IGB. das treibende Element in der internationalen Sozialpolitik. Sozialpolitische Errungenschaften haben nur Bestand, wenn sie Gemeingut der Berufsgenossen und der Arbeiter eines Landes geworden sind. Was für das einzelne Land Gültigkeit besitzt, gilt für alle Kulturländer. Die Mitarbeit der IBS. in der bezeichneten Form geleistet, bildet die Voraussetzung und Gewähr für eine fruchtbringende internationale Tätigkeit des alle gewerkschaftlich organisierten Arbeiter umfassenden Internationalen Gewerkschaftsbundes.

Literatur

Kommunismus und Sozialdemokratie. Von Karl Kautsky. 19 Seiten. Preis 20 Pf. Verlag J. H. W. Dietz, Berlin SW 68.

Abermals unterwirft Kautsky das Problem „Kommunismus und Sozialdemokratie“ einer grundsätzlichen Untersuchung. Wiederhandelt er meisterhaft die Methode der historisch-materialistischen Analyse, die den prinzipiellen Gegensatz zwischen der sozialen Demokratie und der bolschewistischen Partei-Autokratie offenbar werden läßt.

Der Nationalsozialismus eine Gefahr für das Berufsbeamtentum. Herausgegeben von der Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Beamtensbundes, Berlin SO 16. 88 Seiten. Preis 50 Pf. zuzüglich Porto.

Die nationalsozialistische Agitation unter der Beamtenschaft wird mit einer Gewissenlosigkeit sondergleichen geführt. In der Broschüre wird eindeutig klargestellt, daß die Versprechungen, die die Nazis den Beamten machen, in keiner Weise übereinstimmen mit den wiederholt von prominenten Nazi-Führern abgegebenen Erklärungen zur Beamtensfrage.

Volksfunk (Arbeiterfunk), offizielles Organ des Arbeiter-Radio-Bundes. Erscheint im Volksfunkverlag, Berlin SW 68, Lindenstr. 3. Preis pro Monat 90 Pf. und 6 Pf. Zustellungsgebühr.

Das neue Heft des „Volksfunk“, der großen Funkillustrierten der freien Arbeiterbewegung, ist dem Wahlkampf gewidmet. Neben dem vollständigen Deutschlandprogramm ist in dieser Funkillustrierten ein umfangreiches Europaprogramm enthalten. Daneben wertvolle Beiträge technischer, ernster und unterhaltender Natur sowie Roman, Rätselcke und Humor. Kein Arbeiter-Radio-Hörer ohne „Volksfunk“.

Druck: Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstr. 3.

Nachruf!
Am 10. März verstarb nach kurzer schwerer Krankheit unser Kollege
Elias Haller
im Alter von 51 Jahren. Ein ehrend. Andenken bewahren ihm [4,50]
Die Kollegen der Ortsgruppe Tuttligen.

Nachruf!
Am Montag, dem 14. März 1932, verstarb ganz plötzlich unser Kollege und Mitarbeiter
Fritz Winkelmann
Sein Andenken werden wir in Ehren halten. [4,20]
Ortsgruppe Königsberg/Pr. und die Organisation des Kbg. Schlachthofes.

Unserm Kollegen **Wilhelm Jansen** nebst seiner lieben Frau die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung. [2,10]
Die Kollegen der „Nagut“ Kraftfutterwerke und die Ortsgruppe Duisburg

Unserm werten Kollegen **Johann Rick** zu seinem 25jährigem Arbeitsjubiläum in der Brauerei zum Riesen in Wetzlar die herzlichsten Glückwünsche. [2,10]
Die organisierten Kollegen der Brauerei zum Riesen in Wetzlar

Unserm Kollegen **Gottlieb Wolnik** und Frau zur silbernen Hochzeit die herzlichsten Glückwünsche.
Die Kolleginnen und Kollegen der Ortsgruppe Rötha. [1,50]

Unserm Koll. **Hermann Kniestedt** zu seinem 25jährigem Jubiläum die herzlichsten Glückwünsche. [1,80]
Die Kolleginnen und Kollegen der Ortsgruppe Köthen i. Anh.

Unserm Kollegen **Hermann Seeb** nebst seiner lieben Frau nachträglich die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung.
Auch unserer Kollegin **Johanna Bartels** nebst ihrem lieben Mann die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung. Sektion Fleischer, 2,70
Ortsgruppe Oldenburg.

Unserm Koll. **Bernhard Bierling**, Bäcker, und seiner lieben Frau die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung. Recht herzliche Wünsche auch unserm Koll. **Kurt Zeckau**, Bäcker, und seiner lieben Frau zur silbernen Hochzeit. [2,40]
Ortsgruppe Altenburg.

Werbt für unseren Verband!

Nachruf!
Am 13. März 1932 starb plötzlich nach kurzer Krankheit unser treuer Kollege und Obmann
Erwin Rappe
im Alter von 29 Jahren. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren. [4,50]
Die Kollegen der Brauerei Friede, Köln-Hiltorf a. Rh.

DANKSAGUNG! STATT KARTEN!

Für die anlässlich des Hinscheidens unseres lieben Gatten und Vaters

Alois Holzfurtner

erwiesene zahlreiche Teilnahme von seiten des Hauptvorstandes, der Funktionäre, seiner Kollegen, entbieten wir seinen Freunden unseren herzlichen Dank

Ulm a. D., den 12. März 1932

**Frau Käthe Holzfurtner
Der Sohn Alois Holzfurtner**

